

Unter anderem in dieser Ausgabe:

**EINE AUFGABE FÜR ALLE: INNERPARTEILICHER FEMINISMUS** S. 3-5

**TOBIAS BANK: ANSTOSSEN, ANPACKEN, UMSETZEN** S. 6-7

**DISKUSSION UND AUFBAU: ARBEITSKÄMPFE UND RUINEN** S. 14-15

**POLITISCHE BILDUNG: DER ROTE FREITAG** S. 20-21

Veranstaltungstipp

Heraus zum 1. Mai

Fahrraddemo, Gewerkschaftsdemo, Kundgebung, Hoffest: Am diesjährigen Internationalen Kampf- und Feiertag der ArbeiterInnenklasse gibt es in Leipzig wieder ein rundes, linkes Programm.

Seite 24

# Mitteilungsblatt

Ausgabe 04/2023

Zeitung von DIE LINKE. Leipzig

**DIE LINKE.**



24. März 2023, Soliaktion beim Warnstreik zur aktuellen Tarifrunde im Öffentlichen Dienst

Foto: Birthe Kleemann

## DIE LINKE – Wie weiter?

**Adam Bednarsky** Der Vorstand des Stadtverbandes DIE LINKE. Leipzig hat am 14. März 2023 den Antrag von Michael Lauter einstimmig positiv votiert. Dieser Antrag trägt den Titel „Einberufung eines Außerordentlichen Parteitag“. Zuvor hatte der Stadtverband in seiner Klausur am 3./4. März intensiv über die Lage der Partei DIE LINKE beraten. In dieser Beratung standen die Auswertung des „Heißen Herbstes“, die Ereignisse rund um den 24./25. Februar (Antikriegsdemos in Leipzig und Berlin) und das Zerwürfnis der Partei mit unserer Genossin Sahra Wagenknecht im Zentrum der Debatte. Wir können feststellen, dass die politischen Entwicklungen in der Gesellschaft und in unserer Partei einen großen Handlungsbedarf notwendig machen. Da die Idee eines Antrages für einen außerordentlichen Parteitag bereits im Raum stand, wurde er in dieser Diskussion als ein möglicher Handlungsansatz in Erwägung

gezogen. Wir wollen eine gemeinsame Partei DIE LINKE, die eine größtmögliche politische Einheit des linken Spektrums unter einem Organisationsdach, inklusive einer politischen Säule, für dessen Position auch Sahra Wagenknecht steht, abbildet.

Wir haben mit den Leipziger Doppelbeschlüssen unter den Titeln „Einberufung eines Außerordentlichen Parteitages“ und „Verständigung und Versöhnung sind das Gebot der Stunde für DIE LINKE – Ansätze zur Rettung und Zukunft unserer Partei“ unsere Perspektive auf die aktuelle Lage unserer Partei dokumentiert und mögliche Handlungsansätze zur Problemlösung formuliert. Gern stehen wir dafür Rede und Antwort.

Der Beschluss zur Einberufung für einen außerordentlichen Parteitag ist ein Mittel der Kreis- und Stadtverbände zur politischen

Partizipation – eine mögliche Ermächtigung der Basis. Der Verweis auf finanzielle und organisatorische Hinderungsgründe durch die „Bundesebene“, die vielfach über die jeweiligen Landesverbände an die Stadt- und Kreisverbände postuliert werden, ist nur zum Teil nachvollziehbar und wird im Folgenden unsererseits erörtert. Wir sind weiterhin alle sehr gut beraten, die aktuelle Situation unserer Partei nicht zu bagatellisieren. Selbstverständlich gibt es – je nach eigener politischer Perspektive – eine Vielzahl an Einschätzungen, was die Ursachen für die Schiefelage ist. Aber das diese Krise existiert, sollte nicht in Abrede gestellt werden. Nicht nur der Stadtverband von DIE LINKE. Leipzig sieht einen erheblichen Handlungsbedarf und dokumentiert diese durch seine Beschlüsse. Uns ist klar, dass dieser Antrag als Affront gewertet werden kann, aber wir sehen ihn nicht grundsätzlich als Misstrauensvotum, sondern viel-

## Sprechstunden & Sozialberatung

### DIE LINKE vor Ort

#### Redaktion MiB Sprechstunden und Termine

Die regelmäßigen Sprechstunden und Beratungstermine der Leipziger LINKEN sind für alle Interessierten offen und kostenfrei nutzbar. Mehr Infos dazu auf den Internet-Seiten der Büros oder per Telefon.

#### Sprechstunden:

- Do. 4. Mai 2023, 17:00 Uhr, Stadtteilladen, Georg-Schwarz-Straße 122, Bürgersprechstunde mit dem Stadtrat Volker Külow
- Mo. 15. Mai 2023, 17:00 Uhr, WKB Grünau, Stuttgarter Allee 18 Bürgersprechstunde mit dem MdB und Stadtrat Sören Pellmann

#### Sozialberatungen:

- Hilfe Telefon 0174-41471385 Kontaktiert uns per SMS oder mit WhatsApp, Signal oder Telegram.
- jeden Di. 17:00 bis 19:00 Uhr, INTERIM, Demmeringstraße 32, Sozialberatung mit ELO - Erwerbslosenhilfe Leipzig Tel. Nr.: (0341) 492 731 48
- jeden Do. 15:00 bis 17:00 Uhr, linXXnet, Brandstraße 15, Sozialberatung mit ELO - Erwerbslosenhilfe Leipzig Tel. Nr.: (0341) 308 11 99

#### Mietsprechstunde:

- 3. Dienstag im Monat, 19:00 Uhr linXXnet, Brandstraße 15

#### Vereinsberatung:

- auf Anfrage: [prinzessin@linxx.net](mailto:prinzessin@linxx.net)

#### Im Stadtrat:

- Fraktionssitzung: 10. Mai 2023, 18:00 Uhr, RPL-Saal, Neues Rathaus
- Ratsversammlung: 17. Mai 2023, ab 14:00 Uhr Ratssaal, Neues Rathaus
- Ratsversammlung (evtl. 2. Teil): 25. Mai 2023, ab 16:00 Uhr Ratssaal, Neues Rathaus

mehr als ein Wachrütteln zum notwendigen Dialog.

Unsere Partei DIE LINKE kann die nötige sozialistische Kraft im Herzen von Europa sein, wenn sie den innerparteilichen Diskurs in einer vernünftigen Art und Weise führt. Wir haben die Hoffnung nicht aufgegeben, dass wir die Differenzen überwinden und dadurch die notwendige gesellschaftliche Einflussmöglichkeit (zurück-)erlangen. Wir erwarten von prominenten Persönlichkeiten und den entsprechenden Spitzengremien einen vertrauensvollen Dialog mit dem Ziel einer Verständigung, so dass wir mit einer starken, geeinten LINKEN in diesem Land

den Kampf für soziale Gerechtigkeit, für den Frieden und gegen den Raubbau an der Natur durch das kapitalistische Verwertungssystem führen können.

Wir bitten euch, lasst uns gemeinsam einen Weg aus den gesellschaftlichen Krisen und der Krise unserer Partei finden.

Wir werden das gemeinsam schaffen!  
Ich habe diese Hoffnung nicht aufgegeben,

Adam Bednarsky  
Vorsitzender DIE LINKE. Leipzig

## Erklärung der BO Wilder Westen zum Antrag eines Sonderparteitages

**BO Wilder Westen** Wir von der BO Wilder Westen fordern zusammen mit vielen Unterstützer:innen einen Beschluss auf ihrer Sitzung am 11. April 2023 des Stadtvorstandes DIE LINKE. Leipzig den Antrag auf Einberufung eines außerordentlichen Parteitages zurückzuziehen. Stattdessen soll ein Verständigungsprozess mit der Parteibasis organisiert werden, um die aktuelle Lage der Partei zu erörtern und die Handlungsfähigkeit zu stärken.

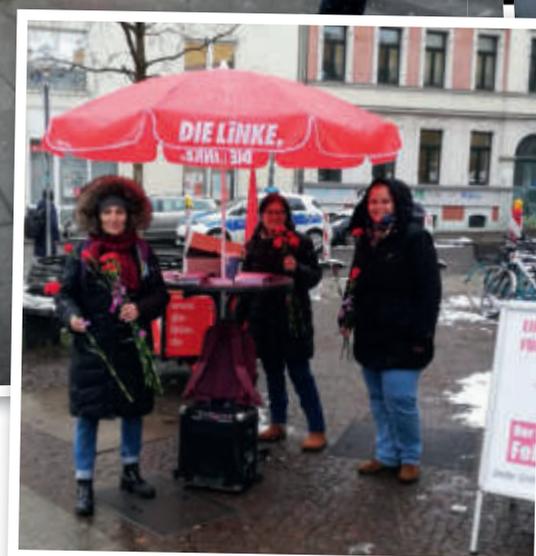
Die Entscheidung wurde damit begründet, dass solch tiefgreifende Entscheidungen die Beteiligung der Basis erfordern und die Unzufriedenheit über den zuvor eingereichten Antrag breit gestreut ist. Auch wurde betont, dass die Ausrichtung eines außerordentlichen Parteitages einen erheblichen organisatorischen Mehraufwand bedeuten würde, der nicht zielführend sei.

Stattdessen wird ein Verständigungsprozess angestrebt, der durch (dezentrale) Basiskonferenzen gefördert werden soll. So sollen Meinungen aus der Basis eingeholt und erörtert werden, ob ein außerordentlicher Parteitag überhaupt von der Basis getragen wird. Die Partei soll auf diesem Wege ihre gemeinsame Handlungsfähigkeit zurückgewinnen.

Die Basis Organisation ist davon überzeugt, dass nur gemeinsam die anstehenden Herausforderungen gemeistert werden können. Die Außenwahrnehmung der Partei, als zerstritten und uneinig, soll so korrigiert werden, um der Partei wieder eine starke politische Stimme zu verleihen. Einst sagten wir stolz „Basis ist Boss!“. Wir müssen wieder dahin zurück kommen!



Foto: DIE LINKE / Martin Heinlein - flickr.com



**Verteilaktion am Internationalen Frauentag 2023**

Die Leipziger LINKE hat ihre Verteil-Aktionen am Internationalen Frauentag im Jahr 2023 unter das Motto „8. März - Frauentag zum Feiertag! Volksantrag unterschreiben!“ gestellt. Ganz traditionell verteilten wir stadtweit über 3.500 Nelken an Frauen und bedankten uns damit bei ihnen für ihre Lebensleistungen. Zusätzlich gab es verschiedenes Infomaterial, welches die LINKEN Forderungen hinsichtlich der angestrebten Geschlechtergerechtigkeit beinhaltet und für den Volksantrag „Ein Frauentag für alle – der 8. März als Feiertag“ warb.

# Ausschreibung – Vertrauensperson für DIE LINKE. Leipzig

Der Stadtverband DIE LINKE. Leipzig sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine ehrenamtliche Vertrauensperson zu den Themen sexualisierte Gewalt, Mobbing sowie rassistischer, sexistischer, antisemitischer oder sonstiger Beleidigungen. Die Stelle ist auf 2 Jahre befristet. Eine doppelte Besetzung ist möglich.

## Anforderungsprofil:

Die Vertrauensperson ist eine niedrigschwellige Anlaufstelle für alle Mitglieder der Partei DIE LINKE. Leipzig, wenn es um Fragen oder konkrete Verdachtsmomente von sexualisierter Gewalt, Mobbing sowie rassistischer, sexistischer, antisemitischer oder sonstiger Beleidigungen geht. Die Vertrauensperson muss Mitglied der Partei DIE LINKE. sein und darf kein Amt oder Mandat innehaben bzw. Sprecher\*in in einem Zusammenschluss sein. Bei einfacher Besetzung muss die Person weiblich sein; bei doppelter Besetzung muss eine der Personen weiblich sein. Die Vertrauensperson hört den Schilderungen der Betroffenen bzw. ratsuchenden Person aktiv zu und arbeitet gemeinsam ihr Anliegen heraus. Dabei sind Akzeptanz, Wertschätzung und Wahrung der Vertraulichkeit unverzichtbar. Zudem informiert sie Betroffene individuell zur allgemeinen Rechtslage und vermittelt bei Bedarf an weiterführende Fachberatungs-

stellen und mögliche Kooperationspartner. Weitere Schritte (z. B. Weitergabe von personenbezogenen Informationen) unternimmt sie ausschließlich in Absprache mit der ratsuchenden/ betroffenen Person.

Unter Wahrung der Anonymität der Betroffenen dokumentiert die Vertrauensperson alle Vorfälle im Stadtverband, gibt dem Stadtvorstand Handlungsempfehlungen und steht ihm beratend zur Seite. Eine aktive Zusammenarbeit mit der Vertrauensperson für sexualisierte Diskriminierung, sexuelle Belästigung und Gewalt auf Landesebene wird angestrebt.

## Aufgaben:

- Erste Kontaktperson für Betroffene und Ratsuchende
- Gibt Information über Rechte/Reaktionsmöglichkeiten
- Situationsbedingte Unterstützung und Nachsorge von Betroffenen etwa durch Weitervermittlung an externe fachliche Kooperationspartner (z. B. Fachberatungsstellen)
- Dokumentation von Vorfällen im Stadtverband
- Zusammenarbeit mit dem Stadtvorstand sowie der Vertrauensperson auf Landesebene
- Sensibilisierung der Mitglieder

## Persönliche und Qualifikationsanforderungen:

- Kompetenzen im Bereich Awareness und Streitschlichtung/ Moderation/ Mediation; finanzielle Mittel und Vermittlung zu entsprechenden Schulungsangeboten werden gegebenenfalls durch den Stadtverband bereitgestellt.
- Idealerweise Kontakte zu Akteur\*innennetzwerken, fachlichen Beratungsstellen/ Interesse an Fachaustausch
- Bereitschaft zur thematischen Weiterbildung/Supervision
- Hohe emotionale Kompetenz, Konfliktfähigkeit, Ausgeglichenheit
- Fähigkeit zu fachkundigem und respektvollem Umgang mit Betroffenen

Interessierte Genoss\*innen senden ihre Bewerbung bitte bis 31.05.2023 an [steffi.deutschmann@dielinke-leipzig.de](mailto:steffi.deutschmann@dielinke-leipzig.de) an DIE LINKE. Leipzig, Braustraße 15, 04107 Leipzig mit dem Stichwort „Vertrauensperson“.

# Innerparteilicher Feminismus: Eine Aufgabe für alle

**Kathrin Möller** Am 27.04.23 bietet sich für die Leipziger Linke eine Gelegenheit, die wir alle wahrnehmen sollten: Carolina Gustafsson, eine Genossin aus der schwedischen Vänsterpartiet kommt auf Einladung von Barbara Höll und der Rosa-Luxemburg-Stiftung von 18:00-20:00 ins Erich-Zeigner-Haus, um mit allen Interessierten über feministische Organisationskultur zu debattieren.

Interessiert sollten wir alle sein. Carolina hat als Vorsitzende der Frauenorganisation der schwedischen Linken maßgeblich am Handbuch zum innerparteilichen Feminismus der Vänsterpartiet mitgearbeitet, das von der Rosa-Luxemburg-Stiftung ins Deutsche übersetzt und gedruckt wurde. Zur Veröffentlichung des Handbuchs sagte Carolina: „Das nach außen gerichtete politische Wirken einer Partei ist im höchsten Maße abhängig von der politischen Arbeit innerhalb der Partei. Jedes Parteimitglied muss sich dessen bewusst sein und dazu beitragen. Wenn es das Ziel ist, die Gesellschaft geschlechtergerecht zu gestalten, müssen wir in der eigenen Partei beginnen. Um eine gerechte Teilhabe von Frauen in unserer Partei zu ermöglichen, haben wir das Handbuch zum innerparteilichen

*chen Feminismus entwickelt, das klare Kommunikations- und Verhaltensregeln aufzeigt.“*

Wie gehen wir, der Stadtverband Leipzig und die sächsische Linke mit dieser Aufgabe um? Ich habe – ausgehend von den Leitlinien und Themen, die uns das Handbuch der Vänsterpartiet vorschlägt – die Leipziger Genoss\*innen Angela Fuchs, Steffen Rohkohl und Beate Ehms dazu befragt. Angela ist eine der Vertrauenspersonen des Landesverbands für Fälle sexualisierter Belästigung und Diskriminierung, Steffen ist unsere Vertrauensperson im Stadtverband Leipzig. Beate ist Vorsitzende des Leipziger Gleichstellungsbeirats und langjähriges Mitglied der AG Lisa.

Der schwedische Leitfaden steigt unter der Überschrift „Strukturen sichtbar machen“ anhand der fünf „Herrschaftstechniken“, die durch die norwegische Sozialpsychologin Berit Ås geprägt wurden, ins Thema ein. Eine genauere Auseinandersetzung mit diesen sogenannten Hauptunterdrückungsmechanismen kann ich jedem nur empfehlen. Hier seien sie nur einmal kurz genannt: Unsichtbar-Machen, Lächerlich-Machen

und Zum-Objekt-Machen, Zurückhalten von Informationen, Doppelte Bestrafung sowie Erzeugen von Schuld- und Schamgefühlen. Hat man diese Techniken einmal benannt, fällt es wesentlich leichter, sie auf struktureller Ebene zu erkennen und auf sie aufmerksam zu machen. Der Leitfaden bietet zu jedem dieser Phänomene konkrete Tipps für Gegenmaßnahmen. Beate schrieb mir außerdem zum Thema „Unsichtbar-Machen“: „Es ist sehr, sehr wichtig, dass wir regelmäßig über unsere Arbeit, Erfolge und Verdienste, aber auch von unseren normalen Lebenswelten berichten.“ Sie nennt die feministische März Ausgabe des Mitteilungsblattes als Positiv-Beispiel und sieht es als Ziel, auch in den übrigen Monaten mehr von Frauen verfasste Texte unterzubringen. Auch beim Thema „Zurückhalten von Informationen“ sieht sie Handlungsbedarf: „Eigentlich sollte Transparenz zu den obersten Leitlinien einer linken Politik gehören. Aber oft ist die reale Politik anders. Und das hat (auch) mit Ämtern, Macht und Ressourcen zu tun. Wer ist zum Beispiel hauptamtlich in der Politik angestellt und hat dabei direkten Zugang zu Informationen und auch tagsüber Zeit, sich mit ihnen zu beschäftigen und Kontakte zu pflegen? Das

*ist vordergründig kein geschlechtsspezifisches Problem. Aber wenn wir schauen, wer im Stadtverband und in der Stadtratsfraktion das Sagen hat, wird es schon offensichtlich: Die Vorsitzenden und die Geschäftsführer sind jeweils Männer. Das hat Auswirkungen.“*

Bevor der Leitfaden zum innerparteilichen Feminismus in der Praxis übergeht, widmet er sich dem Umgang mit Bedrohung und Hass gegen Frauen in der Öffentlichkeit sowie sexueller Belästigung. Steffen wünscht sich für den Stadtverband eine breite Sensibilisierung zum Thema „sexualisierte Gewalt“, da er aus seiner Arbeit als Vertrauensperson den Eindruck gewonnen hat, dass sehr unterschiedliche Vorstellungen darüber herrschen, wo sexualisierte Gewalt beginnt. Beate schreibt dazu ebenfalls: *„Meines Erachtens sind die Parteistrukturen noch nicht genügend sensibilisiert dafür. Oftmals wird eher auf andere Probleme, die die Partei gerade hat, verwiesen. Und da Männer in der Parteiarbeit und bei den Posten die Mehrheit sind, ist es für uns nicht so leicht, sich mit dem Thema durchzusetzen.“* Sie sieht die Notwendigkeit, das Thema *„vehement und immer wieder zur Sprache zu bringen“* und wünscht sich eine regelmäßige Berichterstattung auf dem Stadtparteitag. Außerdem solle unbedingt die Stelle der zweiten Vertrauensperson im Stadtverband nach Meta Mukasas Parteiaustritt nachbesetzt werden.

Auch weist der Leitfaden auf die Wichtigkeit stabiler Unterstützungsnetzwerke für betroffene Frauen hin. Angela Fuchs sieht hier noch Handlungsbedarf: *„Natürlich gibt es einige Unterstützungsangebote, allerdings sehe ich hier noch ein enormes Ausbaupotential. Die Verantwortung dafür liegt auch mit bei den Awareness- und Vertrauensbeauftragten.“*

Angela sieht einen großen Verdienst bei *„unsichtbaren Unterstützungsnetzwerken“* durch einige Genoss\*innen vor Ort in Leipzig und sendet *„Dank an: Susanne, Beate, Jule R., Elli, Lisa U., Klaudia, Petra E., Petra B., Birgit, Ingrid, uvm., die in diesem Zusammenhang schon mit gutem Beispiel vorangegangen sind.“* Beate betont, dass die AG Lisa und die Vertrauenspersonen des Stadtverbands jederzeit Anlaufstelle für Betroffene sein können und wünscht sich von Betroffenen, *„dass sie aktiv werden und es auf sich nehmen, gegen Übergriffe vorzugehen - auch wenn das mitunter nicht leicht ist.“*

Und was können wir in der täglichen Parteiarbeit unternehmen? Hierzu formuliert das Handbuch zum innerparteilichen Feminismus sehr konkrete Beispiele für Ziele und Zwischenziele, die sich jede Parteistruktur setzen kann.

Auf die Frage *„Welche zwei bis drei wichtigsten Ziele würdest du dem Leipziger*

*Stadtverband aktuell setzen?“* antwortet Beate: *„Auf dem Stadtparteitagen ist klar ersichtlich, dass mehr Männer als Frauen auf der Redner\*innenliste sind. Das muss sich ändern. Die Genossinnen sollen ermutigt werden, sich zu melden. Und sie sollen auch selbst mutiger und selbstbewusster werden. Auch bei den Kandidaturen für Ämter bzw. Delegiertenmandate sind Genossinnen immer in der Unterzahl. Zwar wählen wir quotiert. Aber das heißt noch lange nicht, dass wir damit eine Gleichstellung erreicht haben. Genossinnen sollen nicht von Kandidaturen, z.B. für den StaVo, abgehalten werden, mit dem Argument, es gäbe schon genügend Frauen. Und natürlich suchen wir viele Kandidatinnen für die Stadtratswahl im Mai 2024.“*

Angela hat sich zwei der im Leitfaden formulierten Ziele ausgesucht: *„Bei den nächsten Gemeinderatswahlen sollten mehrheitlich Frauen zur Wahl stehen.“* und *„Unsere Kurse sollten mehrheitlich von Frauen geleitet werden.“* Sie führt aus: *„Diese zwei aus dem Handbuch entnommenen Zwischenziele würde ich gerne dem SV Leipzig stellen, nicht zuletzt, weil ich fest an ihre Umsetzbarkeit glaube. Ein weiteres, eigenes Zwischenziel für den Stadtverband ist, Genossinnen, die sich engagieren, deutlich zu entlasten. Viele Frauen bekleiden mehrere Funktionen und werden von der Mehrfachbelastung oft erschlagen, da die außer- und innerparteiliche Welt nicht so feministisch ist, wie wir gerne glauben möchten. Dies bedeutet, Frauen arbeiten in unserer Partei immer ein Vielfaches mehr als Männer. Entlastungsmöglichkeiten hierfür sind zum Beispiel: männergeführte Kinderbetreuung und dass administrative Bürojobs nicht auf Frauen abgewälzt werden. Für die Vor- und Nachbereitung von Veranstaltungen darf man(n) auch einen Penis haben.“*

Die allgemeine Verteilung von Aufgaben ist nicht nur Angela ein Anliegen, sondern wird auch an verschiedenen Stellen im Leitfaden angesprochen. Ich habe daher gefragt: *„Was denkst du: Gibt es Aufgaben in der Partei, die eher von Frauen oder eher von Männern übernommen werden? Wenn ja: Woran liegt das deiner Meinung nach?“* Angela schrieb mir: *„Die Partei findet nicht losgelöst von der Gesellschaft statt. So finden sich auch innerparteilich manifestierte Rollenbilder wieder. Gerade die Sorge-, Care- und Dienstleistungsarbeiten werden oft von Frauen übernommen. Auffallend oft profitieren junge Männer von der wunderbaren*

*Aufopferungsbereitschaft unserer Ü50 Genossinnen.“*

Außerdem sieht sie eine ungleiche Geschlechterverteilung bei Expert\*innen und Referent\*innen in unserer politischen Bildungsarbeit: *„Ich denke, dass es hier ein besonders großes Gefälle gibt, was aber auch auf den Umstand zurückzuführen ist, dass Frauen deutlich weniger in der politischen Öffentlichkeit stehen und sie von vorneherein weniger präsent sind. Auch prozentual fällt auf, dass es einfach deutlich mehr Experten und freie Referenten gibt als Expertinnen. Selbstverständlich möchte ich das gerne ändern. Jedoch bedeuten die Zahlen auch, dass wir gezielt nach eben jenen Expertinnen suchen müssen und dies muss auch eine Aufgabe der männlichen Genossen sein. Ebenso ist es ihre Aufgabe, den exzellenten Expertinnen in ihren eigenen Ortsverbänden den Rücken zu stärken und freizuhalten.“*

Eine Expertin ihres Gebiets können wir am 27.04.23 reden hören.

Ich bedanke mich herzlich bei Angela, Steffen und Beate und freue mich darauf, die Genoss\*innen des Leipziger Stadtverbands am 27.04. um 18:00 zahlreich im Erich-Zeigner-Haus zu sehen.

① Den Leitfaden findet ihr als PDF-Datei auf der Seite der Rosa-Luxemburg-Stiftung (<https://gleft.de/5an>) sowie gedruckte Exemplare im Liebknecht-Haus.

**ROSA LUXEMBURG STIFTUNG**

Vänsterpartiet

## Handbuch zum innerparteilichen Feminismus

### Ein Leitfaden der schwedischen Linkspartei



Aus der Partei



Fotos: DIE LINKE / Martin Heinlein - flickr.com (l), Kay Kamieth (r)

## Anstoßen, anpacken, umsetzen

Interview mit Tobias Bank, Bundesgeschäftsführer der LINKEN

**Tobias, Du bist vor sieben Monaten Bundesgeschäftsführer geworden, das heißt, dass ein Viertel Deiner zweijährigen Amtszeit schon vorbei ist. Was hast Du in diesen sieben Monaten bewirken können?**

Noch während der Einarbeitungsphase ging es sofort ans Eingemachte. Der Bundesparteitag und der Bundesausschuss haben uns drei weitreichende Prozessaufgaben gegeben: Es soll eine programmatische Weiterentwicklung geben, einen strukturellen Reformprozess und außerdem soll der Beschluss P13 zur feministischen Erneuerung umgesetzt werden, der nach den #MeToo-Debatten nötig wurde. Alle drei Prozesse sind vorbereitet worden, auf den Weg gebracht und befinden sich in der Umsetzung.

**Wofür braucht es eigentlich eine programmatische Weiterentwicklung? Wir haben doch ein sehr gutes Grundsatzzprogramm.**

Wir haben ein Programm mit wirklich guten Inhalten. Es ist aber auch über zehn Jahre alt. Es geht nicht darum, ein neues Grundsatzzprogramm zu schreiben, sondern einen kleinen Teil der programmatischen Positionen zu aktualisieren. Auf bestimmte aktuelle Fragen haben wir nämlich zu wenig Antworten.

Was sind zum Beispiel unsere Vorschläge auf die veränderte Arbeitswelt, wie gehen wir mit der rasant voranschreitenden Digitalisierung um oder wie stellen wir uns eine Industriepolitik 2.0 vor. Dafür brauchen wir zeitgemäße und gut durchdachte Konzepte. Hinzu kommt, dass der Mitgliederentscheid zum bedingungslosen Grundeinkommen umgesetzt werden muss und Eingang in das Programm finden soll. Beide Prozesse sind jetzt angestoßen.

**Wie kann sich die Parteibasis beteiligen?**

In einem ersten Schritt haben wir alle Zusammenschlüsse und Gliederungen gebeten, uns bis ersten März die Stellen im Programm zu nennen, an denen sie einen

Weiterentwicklungsbedarf sehen. Davon wurde reichlich Gebrauch gemacht. Die Ergebnisse werden jetzt systematisiert und an einigen Stellen sicher auch weiterqualifiziert. Daraus entwickeln wir in den nächsten Wochen einen Fahrplan für eine Beschlussfassung auf dem Bundesparteitag, der selbstverständlich eine Beteiligung der Basis vorsieht. Wichtig ist mir zu betonen, dass wir die ersten Ergebnisse und Rückmeldungen schon in den Prozess der Erarbeitung des Europawahlprogramms mit einfließen lassen werden. Und entscheiden wird am Ende der Parteitag.

**Einige Mitglieder sehen eine programmatische Weiterentwicklung kritisch.**

Oft wird den Rufern nach einer programmatischen Weiterentwicklung unterstellt, sie würden den Prozess nutzen wollen, um unsere friedenspolitischen Grundsätze zu schleifen. Diese Befürchtung ist unbegründet. Wenn das gewollt wäre, hätten es in den vergangenen sieben Monate alle Gelegenheiten dazu gegeben.

Stattdessen sind sämtliche Beschlüsse des Bundesparteitages und des Parteivorstandes in der Frage der Ablehnung von Waffenlieferungen eindeutig und zumindest im Vorstand mit sehr großen Mehrheiten gefasst worden. Wir setzen uns für eine Diplomatie-Offensive und Verhandlungen ein und lehnen alles, was das Leid der überfallenen Ukrainer verlängert, und die Eskalationsspirale fördert, ab. Dazu haben wir sogar einen Sechs-Punkte-Plan erarbeitet. Alleine in meiner Amtszeit haben wir als Bundesgeschäftsstelle insgesamt fünf verschiedene Flugblätter gegen Krieg und Waffenlieferungen herausgegeben.

**Apropos Europawahlprogramm. Wann ist der Europaparteitag geplant?**

Neben den oben genannten Strukturprozessen bereite ich als Bundeswahlkampfleiter mit dem Kollektiv der Bundesgeschäftsstelle „ganz nebenbei“ einen Europaparteitag vor. Dieser wird auch gleichzeitig die Vertreter-

versammlung zur Wahl der Europalisten sein. Das heißt an einigen Stellen doppelte Arbeit.

Zusätzlich sind wir mitten im Prozess der Erarbeitung des Europawahlprogramms. Inhaltlich bekommen wir Zuarbeiten zum Beispiel von der Internationalen Kommission und dem Bundesausschuss. Fürs Operative habe ich das Bundeswahlbüro mit den Landesgeschäftsführern seit November 2021 einberufen sowie seit Januar den Wahlstab, der die Hintergrundarbeit macht. Noch in diesem Monat werden wir die Ausschreibung für eine Medienagentur und den Bewerbungsprozess dazu auf den Weg bringen. Der Parteitag wird von 17. bis 19. November in Augsburg stattfinden.

**Was heißt eigentlich „struktureller Reformprozess“?**

Nicht alle Strukturen in unserer Partei laufen optimal. Aktuell lähmen uns einige, immer wiederkehrende Probleme und Debatten. Die vom Parteivorstand eingesetzte Strukturkommission wird sich unter meiner Leitung daher zum Beispiel mit folgenden Fragen beschäftigen: Braucht es eine Mandatszeitbegrenzung, soll es eine Urwahl der Vorsitzenden geben, wie können wir die Digitalisierung zur besseren Einbeziehung der Mitglieder nutzen, braucht es ein anderes Antragsverfahren auf Parteitag oder muss sich der Bundesausschuss zu einer wirklichen Länderkammer weiterentwickeln.

Hier haben wir enormen Klärungsbedarf. Hier ist viel unbeachtet und liegen geblieben. Deswegen bin ich froh, dass die Kommission stringent und ergebnisorientiert arbeitet.

**Als Du Dich bei Delegierten vor dem Bundesparteitag vorgestellt hast, hast Du gesagt, Du bist mehr der Typ im Maschinenraum, anstatt auf der Brücke. Du scheinst Dir da treu geblieben zu sein.**

In der Nachbetrachtung denke ich, der Parteitag wollte an dieser Stelle tatsächlich jemanden, der anstößt, der anpackt, der

umsetzt. Genau das mache ich jeden Tag. Klar ist auch, dass man immer wieder dazu lernt und auch mal Neues ausprobieren muss. Wenn es mal ganz Dicke kommt und die Aufgaben einen mal wieder mehr herausfordern, dann sage ich mir: Du hast ja ein Ziel vor den Augen...

### **Mit Dir scheint ein anderer Wind im Karl-Liebkecht-Haus zu wehen?**

Da ich vorher nicht dort gearbeitet habe, weiß ich das nicht. Mir ist wichtig, das Haus für die Zukunft gut aufzustellen. Daher werden wir zum Beispiel einen unserer sechs Fachbereiche zu einem Kompetenzzentrum für Digitales und Organisation umbauen.

Ich achte zudem verstärkt auf die Außenwirkung, versuche die linke Familie zusammenzudenken und vernachlässigte Partner wieder mit an Bord zu holen.

### **Du hast auch verschiedene Kulturangebote ins Karl-Liebkecht-Haus geholt. Schaffst Du das bei Deinen Mammut-Aufgaben auch weiterhin?**

Kultur ist mir sehr wichtig und seit diesem Jahr beginnen wir wieder regelmäßig Kulturangebote zu machen und das Haus dahingehend zu öffnen. Kultur ist politisch, Kultur ist Klassenkampf, Kultur ist Waffe. Gemeinsam mit dem »Kleinen Buchladen« und vielen helfenden Händen im Haus wird uns das trotz knapper Kassen, einer Arbeitszeitreduzierung bei allen Mitarbeitenden von etwa 20 % und einem hohen organisatorischen Aufwand trotzdem weiter gelingen, Kulturangebote zu schaffen.

### **Hast Du einen Wunsch an unsere Leser?**

Wie wollen wir Wähler von uns überzeugen, wenn wir aktuell aus jeder Pore ausstrahlen,

in welcher schwierigen Lage wir sind. Wir leben durch das Ringen um Inhalte, aber es wird nicht besser, in dem wir uns öffentlich dazu zerstreiten.

Warum reden wir nicht über unsere Erfolge, warum reden wir öffentlich nicht einmal gut über andere führende Genossen und warum stellen wir nicht die Inhalte in den Vordergrund, bei denen wir uns einig sind. Davon gibt es eine ganze Menge, aber diese jetzt hier alle aufzuzählen, würde den Rahmen sprengen. Ich lasse diese gerade für das erste Quartal zusammenstellen und würde mir wünschen, dass diese dann öfter mal Inhalt unserer Debatten sind.

*Tobias Bank ist Jahrgang 1985 und lebt im brandenburgischen Treuenbrietzen.*

## Mein Praktikum im Liebkecht-Haus

**Stefan Vrignaud** Ich, Stefan aus Lothringen, durfte im März 2023 ein Praktikum bei der LINKEN im Stadtverband Leipzig machen. Ich habe mich aus Neugierde und Überzeugung beworben, denn ich glaube, dass die Welt für jeden Menschen besser und gerechter werden kann.

Ich wurde bei der LINKEN sehr gut aufgenommen und habe mich schnell in meiner neuen Umgebung eingelebt. In der Tat haben die Genossen mir immer eine interessante Beschäftigung aufgetragen und dafür gesorgt, dass mir nie langweilig wurde.

In der ersten Woche zählten zu meinen vielfältigen Aufgaben das Erstellen von Excel-Tabellen, das Schreiben von diversen E-Mails, aber auch das Verfassen von Fragen und Reden an den Bundestag. Ich habe natürlich auch an einer Sitzung des Stadtrats teilgenommen (welche ich als sehr aufschlussreich empfunden habe) und war sonntags bei einer Klausur der Leipziger Linksfraktion in Machern anwesend.

In der zweiten Woche habe ich hauptsächlich an der Frühlingstour von Sören Pellmann teilgenommen. Hierbei handelte es sich darum, Informationstüten zu packen und diese dann gemeinsam mit anderen Genossinnen und Genossen an Bürger zu verteilen.

Die Infostände haben zu einem interessanten Austausch mit Wählern und Nichtwählern geführt. Es ist meines Erachtens sehr wichtig, in einer Demokratie als politische Partei, aber auch als Bürger einen Austausch mit anderen Menschen zu pflegen. Dies ermöglicht nämlich eine demokratische Debatte und fördert ein Verständnis für andere Meinungen.

Schließlich hatte ich auch das Glück, während meines Praktikums der Sitzung eines Kuratoriums im Landesverfassungsgericht beizuwohnen.

Zuletzt habe ich im Laufe meines Praktikums ein ausführliches juristisches Gutachten über die Hauptsatzung der Großen Kreis-

stadt Grimma geschrieben; in der Hoffnung, dass dieses, trotz der vielen Seiten, gelesen wird.

Mein Praktikum kann aber nicht auf die mir erteilten Aufgaben beschränkt werden. In der Tat, habe ich in dieser Zeit viele kulturelle und soziale Erlebnisse machen können. Vom Theaterstück bis zum Spaziergang im Macherner Schlosspark haben mich viele mir neue Orte, Kultur(en) und sehr nette, aber auch interessante Leute geprägt.

Ich bin dankbar für die Einblicke, die ich in den Stadtverband der LINKEN Leipzig erhalten habe, für den freundlichen Empfang und die zwei sehr bewegten und abwechslungsreichen Wochen. Ich habe mit Freude für und mit euch gearbeitet und hoffe, sehr bald wieder die Gelegenheit zu bekommen, nach Sachsen und insbesondere nach Leipzig wiederzukehren.

## Frühlingserwachen im Wahlkreis

**Sören Pellmann** Der Frühling kommt und damit auch wieder meine Wahlkreistour

Der Frühling zeigt sich in zarten Anzeichen und ich und mein Team haben uns mit Genossinnen und Genossen aus den Basisgruppen wieder auf meine alljährliche Frühlingstour im Wahlkreis begeben.

Wir starteten gleich am Montagmorgen früh mit Infoständen, zuerst am Adler, dann ging es die ganze Woche weiter mit zahlreichen

weiteren Standorten, wie am Zoo oder am Konsum in Schleußig.

Die Freitagstourplanung haben wir spontan umgestellt und uns am Warnstreik des Öffentlichen Dienstes beteiligt. Dabei erhielt ich von den Gewerkschaften die Möglichkeit, zu den Streikenden Beschäftigten zu reden und unsere linken Positionen klarzumachen.

Es ist ein gutes Gefühl zu sehen, wie groß die Streikbeteiligung war und andere Kolleginnen aus anderen Berufsgruppen den Streik mit unterstützten. Den Gang um den Innenstadtring und die Kundgebung vor dem Neuen Rathaus hat viel Spaß gemacht und zeigte den gestiegenen Kampfgeist der Gewerkschaftsmitglieder.

Genosse Uwe Fiedler stellte uns die neuen Räumlichkeiten des Ostbüro Leipzig e. V. in Reudnitz vor. Helle, freundliche Räume laden zum Verweilen im Stadtbezirk ein. Eine Örtlichkeit, um sich auszutauschen, Projekte zu planen, an dem zur Verfügung stehenden Rechner was zu erledigen oder einen Co-Working-Space für einige Stunden anzumieten. Vieles ist möglich und gibt vor allen Leuten mit geringen finanziellen Möglichkeiten eine Anlaufstelle, sich im Stadtteil zu treffen.

Das Seniorenheim Plagwitz an der Nonnenstraße hatte mich schon zum 30-jährigen Jubiläum eingeladen, diesen Termin konnte ich nicht wahrnehmen, umso mehr hat sich der neue Einrichtungsleiter Hendrik Meyer gefreut, dass wir uns nun während der Frühlingstour Zeit genommen haben, um uns vertieft auszutauschen. 2022 gab es einen

Trägerwechsel, schon den vierten in den 30 Jahren, nun betreibt das Seniorenheim Plagwitz die Argentum Gruppe. Das neue Konzept von Herrn Meyer hat mir gut gefallen, z. B. stellt er Personal nur fest an und keine Leiharbeiter/-innen. Er versteht sein Haus als offenen Teil des Stadtteils und arbeitet verstärkt an der Vernetzung mit Kindergärten und Menschen, die Räume brauchen, um kleine Projekt zu realisieren. Am liebsten natürlich zusammen mit den Senior/innen. Platz ist genug da und den Austausch mit Jung und Alt ist ihm eine Herzensangelegenheit.

Ein besonderer Termin war der Besuch bei den Redaktor/innen des Magazins der Elterninitiative FED Leipzig in Reudnitz. Aus der geplanten einen Gesprächsstunde wurden zwei. Der Austausch mit den Redakteur/innen, die in unterschiedlichen Werkstätten

in Leipzig arbeiten, war für uns alle sehr interessant und viele Fragen konnte ich aus meiner Arbeit im Bundestag beantworten. Am Gesprächsende wurde ich eingeladen, die Gesprächsteilnehmer/innen bei ihnen in den Werkstätten zu besuchen, den Einladungen komme ich natürlich sehr gerne nach. Die Redakteur/innen möchten mich auch im Berlin im Bundestag besuchen, soviel gegenseitiges Interesse bestärkt mich in meinen Aktivitäten als Inklusionspolitischer Sprecher unserer Bundestagsfraktion und freut mich natürlich sehr.

[ostbuero-leipzig.de](http://ostbuero-leipzig.de)  
[seniorenheim-plagwitz.de](http://seniorenheim-plagwitz.de)



Fotos: Team Sören Pellmann

## Stadtratsnotizen

**Siegfried Schlegel** Bericht vom Stadtratsgeschehen im März

### Karstadt-Schließung verhindern

Im Tagesordnungspunkt Bericht des Oberbürgermeisters ging Burkhard Jung ausführlich auf die angekündigte Schließung des Leipziger Standortes infolge der Insolvenz des Karstadt-Warenhauskonzerns ein. Demnach kam die angekündigte Schließung selbst für Marktkenner überraschend, da nicht unerwartet das Leipziger Karstadt-Kaufhaus im operativen Geschäft. Im stark frequentierten Stadtzentrum schwarze Zahlen schreibt. Was ist dann die Ursache, dass der Leipziger Standort, nicht aber die Kaufhäuser in Chemnitz oder Halle geschlossen werden sollen? Nur beiläufig wird darauf verwiesen, dass organisatorisch und eigentumsrechtlich das Gebäude nicht mit dem Warenhausbetrieb verbunden ist. Durch überzogene Miete vor allem der Immobilienspekulation mit hohen Renditeerwartungen in Leipzigs Innenstadt dient es vielmehr – getreu der Devise „Produktion von Mehrwert oder Plusmacherei ist das absolute Gesetz dieser Produktionsweise“. Karl Marx schrieb

dazu auch im Kapital: „...für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf die Gefahr des Galgens.“

### Unterbringung von Geflüchteten

Regelmäßig unterrichtet die Verwaltung den Stadtrat in schriftlichen Berichten, wie die Geflüchteten in der Zuständigkeit der Stadt Leipzig untergebracht werden. Seit 2014 werden in Leipzig über das Stadtgebiet verteilte Unterkünfte als nachnutzbare oder provisorische Einrichtungen geschaffen. Dabei sollte weitestgehend auf Zeltunterkünfte verzichtet werden. Durch die anschwellenden Flüchtlingszahlen infolge des Ukrainekriegs ließ sich dieses Ziel nicht verwirklichen und es mussten still gelegte Zelteinrichtungen reaktiviert werden, um sie länger zu nutzen. Gemeinsam mit den Wohnungsvermietern unternimmt die Stadt vielfältige Anstrengungen, um trotz Wohnungsknappheit vor allem Haushalte mit

Kindern schnellstmöglich in Wohnungen mit Mietvertrag unterzubringen. Vielfältige Anstrengungen werden unternommen, dass auch durch Sprachklassen Deutsch als Zweitsprache Kinder und Jugendliche in die regulären Schulklassen integriert werden können. Aber auch für Erwachsene werden Sprach- und Weiterbildungskurse organisiert, um sie zügig in nachhaltige Arbeitsplätze zu vermitteln und beruflich weiter zu qualifizieren. Durch eigene Einkünfte und Integration in Versorgungssysteme soll den Geflüchteten zügig ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht werden.

### Abrisswahn bei Kitas geht weiter

Wider besseres Wissen wurde einstimmig die Änderung des Planungsbeschlusses bei gleichzeitiger Erhöhung der Planungskosten von 400.000 auf 700.000 Euro für einen Neubau und den Abriss eines nachnutzungsfähigen Kitagebäude in monolithischer Ziegelbauweise in der Krönerstraße beschlossen. Die Kita wurde um 1970 von

## Ines Gläsel verabschiedet

**Siegfried Schlegel** Am 31. März wurde Ines Gläsel nach 32-jähriger Arbeit als Büroleiterin der Geschäftsstelle der Stadtratsfraktion DIE LINKE vom Fraktionsvorsitzenden Sören Pellmann in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet. Jetzige sowie ehemalige Fraktionsmitglieder, Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle bedankten sich persönlich von ganzen Herzen für die jahrelange vertrauensvolle Zusammenarbeit. Als Büroleiterin hat Ines nicht nur die Fraktion als Ganzes, sondern auch die einzelnen Fraktionsmitglieder persönlich in vielfältigen Angelegenheiten unterstützt

sowie den Kontakt zu Parteistrukturen gepflegt. Damit wurde die umfangreiche Arbeit der Assistentinnen und Assistenten sowie Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer entlastet. In all den Jahren entstanden eine vierstellige Anzahl von Presseinformationen sowie Auftritte in den elektronischen und Printmedien. Ebenso wurden zahlreiche Fraktionsforen organisiert. Redaktionelle Unterstützung leistete Ines bei der Erarbeitung von Redebeiträgen im Stadtrat sowie bei Beiträgen für Mitteilungsblätter oder bei Buchprojekten. Bei Finanzen oder Organisationsaufgaben im Verantwortungsbereich

von Ines war immer Verlass. Um Stadträtinnen und Stadträten für Stadtratsveranstaltungen den Rücken freizuhalten, hat Ines auch mal als Kindermädchen ausgeholfen, sich mit großem Engagement um Auszubildende und Praktikanten gekümmert sowie zuletzt ihre Nachfolgerin eingearbeitet. Mit dem Ausscheiden von Ines Gläsel sowie vorher von Rüdiger Ulrich, Dr. Christina Mertha und Dr. Dieter Jahnke ist eine jahrzehntelange Ära zu Ende gegangen. Die Fraktionsgeschäftsstelle ist nunmehr dank guter Einarbeitung, Kompetenz und hohem Engagement gut für die Zukunft aufgestellt.



Fotos: Birthe Kleemann

Lehrlingen erbaut. Trotz entsprechendem Stadtratsbeschluss auf Antrag der Linksfraktion wurde der Nachweis der Nichtrentabilität der Sanierung nicht erbracht und vom Stadtrat, wie auch bei anderen Vorhaben, nicht eingefordert.

### Neue Schulen werden eingerichtet

Unter Nutzung eines Interimsschulgebäudes in der Max-Planck-Straße 1-3 im Waldstraßenviertel wird ab dem Schuljahr 2025-26 beginnend mit Klassenstufe 5 mit der Einrichtung eines 5-zügigen Gymnasiums sowie einer künftigen 3-zügigen Oberschule begonnen. Der zukünftige Standort für das Gymnasium wird ein noch zu errichtender Neubau im Löwitz-Quartier auf der Westseite des Hauptbahnhofs sein.

Die Oberschule soll 2031 in einen Neubau in der Tauchaer Straße in Mockau-Nord einziehen. Dafür wird ein bautechnisch intaktes Schulgebäude aus den 1970-er Jahren abgerissen. Einstimmig beschlossen wurde die Komplexsanierung des Schul-

gebäudes und der 1-Feld-Sporthalle in der Martin-Hermann-Straße 1 sowie einem Erweiterungsneubau, um eine 4-zügige Gemeinschaftsschule einrichten zu können. Um volle Baufreiheit für die Sanierung der Georg-Schumann-Schule-Oberschule und Sporthalle ab Herbst dieses Jahres zu schaffen, zieht diese in das in der Nähe gelegene Deutsch-französische Schulzentrum im Dösner Weg 7 ein.

### Schule in Modulbauweise

Ebenso wurde der Baubeschluss zur Errichtung einer provisorischen Auslagerungsschule in Modulbauweise im Wohnkomplex Paunsdorf-Heiterblick gefasst. In Grünau und Neu-Paunsdorf wurden einst Schulen vorgezogen errichtet, um Provisorien zu ersparen. Dies hätte durch einen Neubau im Vorgriff auf künftig zu errichtende Bauabschnitte im Wohnkomplex Paunsdorf-Kiebitzmark im Ortsteil Heiterblick erfolgen können. Wenigstens ist das in Modulbauweise errichtete Schulgebäude zu anderen Ausweichstandorten umsetzbar.

### Wohnhochhaus in Holzhybrid-Bauweise

In der Heiterblickallee im Wohnkomplex Paunsdorf-Heiterblick wird durch die Wohnungsbau-Genossenschaft Kontakt ein 16-geschossiges Wohnhochhaus in einer Holzhybridbauweise aus vorgefertigten Holzfertigbauelementen und Betonkonstruktionen errichtet. Um Aufzüge zu sparen, wurden im Neubaugebiet Paunsdorf nur 5- bzw. 6-geschossige Wohngebäude sowie in den letzten Jahren ein 8-Geschosser gebaut. Deshalb ist eine Genehmigung nach §34 Baugesetzbuch nicht möglich, weil sich der Neubau mit seiner Höhe von über 45m die umgebende Bebauung von bis 30 erheblich überragt. Der Neubau folgt der neuen Baustrategie der doppelten Innenentwicklung mit mehr Grün und höher- statt niedriggeschossigen Gebäuden. Die Verwaltung übernahm zwei Änderungsanträge der Linksfraktion für ein baubegleitendes Bebauungsplanverfahren, um Zeit zu sparen. Dem dient auch ein geeignetes Verfahren zur städtebaulichen und der Fassadengestaltung.



„Der Alptraumvorhersager“ der Gruppe „greater form“ im Lichthof im Museum der bildenden Künste Leipzig.



Detail aus „Der Alptraumvorhersager“ der Gruppe „greater form“. (Fotos: Daniel Merbitz)

## Von Grünau ins Museum

**Daniel Merbitz** MdbK kooperiert mit der Gruppe „greater form“

Das Museum der bildenden Künste Leipzig kooperiert seit 2022 mit der Gruppe „greater form“ und Kindern und Jugendlichen aus dem Leipziger Stadtteil Grünau. So wurde im Spätherbst 2022 eine raumgreifende, multimediale Installation mit dem Titel „Der Alptraumvorhersager“ im großen Lichthof des Museums gezeigt, wo die Ideen und Wünsche, die Sorgen und Ängste der jungen Generation aus Grünau behandelt wurden.

Von Grünau direkt ins Museum. Wie kam es dazu? Das Museum stellt sich neu auf in schwierigen Zeiten und fragt: Welche Rollen und Funktionen übernehmen Kunstmuseen aktuell? Wie müssen sich Museen verändern, um bei herausfordernden gesellschaftlichen Fragestellungen auch in Zukunft relevant zu sein?

Um diese Fragen zu beantworten, arbeitet das Museum auch mit der Gruppe „greater form“ zusammen. Ein soziokulturelles Projekt in einem Stadtteil von Leipzig, der oft als „Plattenbauviertel“ und „sozialer Brennpunkt“ betitelt wird.

Ein ungewöhnlicher Name, ein interessantes Projekt: „greater form“. Auf der Internetseite

te heißt es: „Ein neuer Raum zum Spielen, Rumhängen, Kunst machen. Für Kinder und Jugendliche in Grünau.“ Diese Gruppe agiert zwischen Kunst, Aktivismus und Bildung. Sie erproben neue Formen kultureller Teilhabe „von und mit den Kids aus Leipzig-Grünau“. Seit 2015 realisiert die Gruppe verschiedene Projekte in der „Großwohnsiedlung Leipzig-Grünau“ sowie Ausstellungen in Leipzig und Umgebung. Seit 2019 betreibt „greater form“ einen eigenen Projektraum in Grünau. Hier forscht die Gruppe gemeinsam künstlerisch mit Kindern und Jugendlichen zu Themen, die aus ihren Lebenswelten stammen wie Herkunft, Armut, Gewalt, Freundschaft, Liebe. Es geht um selbstbestimmte Teilhabe am kulturellen Leben von Kindern und Jugendlichen sowie die gleichberechtigte künstlerische Zusammenarbeit mit den Erwachsenen. Träger dieses Projektraumes in der Alten Salzstraße 110 in Leipzig ist der GIRO e. V.

Das Museum der bildenden Künste in Leipzig wird die Zusammenarbeit mit der Gruppe „greater form“ auch im Jahr 2023 fortführen. Auch dies ist eine Herzensangelegenheit des Museumsdirektors Stefan Weppelmann. „Die Projekte von »greater

form« sind ungeheuer stark und sie machen Mut. Junge Menschen werden ermächtigt, sich mit Kunst zu verbinden und darüber auszudrücken. Die Kids erfahren, dass sie ihre Zukunft selbst gestalten können, dass ihnen ihr Leben nicht einfach so passiert. Als Museum lernen wir auch enorm viel: Nämlich, wie es gehen kann, den gewohnten institutionellen Rahmen zu hinterfragen, um neues Wissen zu schöpfen und um neue Formen der Interaktion und der Demokratiebildung zu erproben und unserer Stadt vorzustellen. Greater form sind wie eine Frischzellenkur für unsere Arbeit. Deshalb werden wir solchen Initiativen stärker Raum geben.“

Und wie fast immer: Solche guten und sinnvollen Projekte brauchen Zuspruch, Unterstützung und vor allem Geld. Vielleicht findet sich jemand unter den Leserinnen und Lesern, die „greater form“ (Telefon: 0341-86268791, E-Mail: greaterform@posteo.de) unterstützen könnten? Es gibt auch ein Spendenkonto (Kontoinhaber: GIRO e. V., IBAN: DE29 8605 5592 1100 4333 56, BIC: WELADE8LXXX, Bank: Sparkasse Leipzig, Verwendungszweck: Spende greater form).

## Rotes Kino: Die Kairo Verschwörung

**Dirk Apitz** Ende der 90er und in den 2000ern gab es viele Thriller mit Religionsbezug. Natürlich aus Hollywood, überwiegend im Christentum und Vatikan angesiedelt. Daran erinnert auch der Film „Die Kairo Verschwörung“ nur dass wir es mit dem Islam zu tun haben. Nicht weniger spannend und auch nicht weniger korrupt.

Adam (Tawfeek Barhom), ein junger Mann und Sohn eines einfachen Fischers aus einer abgelegenen ägyptischen Provinz, erhält die frohe Nachricht, dass er ein Stipendium für die Al-Azhar-Universität, eine bedeutende islamische Institution in Kairo, bekommen hat. Als Adam sich an das Campusleben gewöhnt, lernen wir noch den Ermittler Ib-

rahim (Fares Fares) kennen. Er wird von einem Militärausschuss beauftragt, die Wahl für den neuen Großiman der Universität zu beeinflussen.

Die Interessen des idealen Kandidaten sollten natürlich mit denen des Staates übereinstimmen.



Bildrechte: Copyright (c) Atmo, Memento, X Verleih, Arte France

Die ersten Minuten des Films haben ein sehr inkonsequentes Erzähltempo und lässt sich an manchen Stellen zu viel Zeit, aber auf der anderen Seite passieren verschiedene Dinge viel zu schnell.

Zudem gibt es zwar am Anfang eine Erklärung, um was es sich für eine Universität handelt und wie wichtig die Wahl des Großimams eigentlich ist, aber die einzelnen Konflikte der verschiedenen Strömungen und was die Interessen des Staates sind, leider nicht. Das macht es für Menschen ohne Vorkenntnisse sehr schwer, in den Film zu kommen.

Doch auch diese werden belohnt. Sobald man versteht, dass Ibrahim die Studenten dazu benutzt, um an Informationen zu kommen oder die Wahl zu beein-

flussen, ist das Publikum voll drin. Schnell geht das große Rätselraten los, wer noch dazu gehören könnte und ob Adam diesen zotteligen Ermittler überhaupt vertrauen kann. Aber wir misstrauen auch irgendwann Adam. Erst kann er mit einem Deal seinem Vater helfen.

Er beschafft Informationen und der Staat zahlt den Krankenhauseingriff für seinen Vater. Später wird Adam merken, dass sein Iman in seinem Dorf selbst wohl in diesem Netz verstrickt ist und Adam deswegen das Stipendium bekommen hat. Definitiv bekommt er aber später eine bessere Stellung und dem Publikum ist nie klar, ob Adam es nicht doch noch aus Eigennutz macht und was eigentlich seine Motivation ist. Tawfeek und Fares spielen die beiden Hauptfiguren entsprechend gut, wenn auch nüchtern.

**Fazit:** Dieser Thriller zeigt unaufgeregt eine aufregende Verschörung und überlässt auch sehr viel dem Publikum. Am Anfang etwas zu viel. Der Film erscheint am 04. April 2023 in den deutschen Kinos. **7/10**

## Zur kritischen Kritik der Konsumkritik (Teil 2/2)

**Christian Anneck** Womit wird unsere Wohlstandsgesellschaft assoziiert: Dass es Autos, Fernseher und Smartphones gibt und diese vor 100 Jahren noch nicht existierten? Als wäre der Kapitalismus nicht darauf angewiesen, eine mobile Arbeitsbevölkerung zu haben, als wäre der Kapitalismus nicht darauf angewiesen, Lohnabhängige zu haben, die in dem schmalen Zeitfenster namens Freizeit Kühlgeräte besitzen als Zeitersparnis der Vorratshaltung. Als wäre der Kapitalismus nicht darauf angewiesen, Lohnabhängige zu haben, welche in dem marginalen Rest der Erholungszeit Unterhaltungselektronik benutzen, damit die Reproduktion der Arbeitskraft gewährleistet ist. Der passive Konsum bewegter Bilder beansprucht nicht die Restposten an Kondition und Aufmerksamkeit, den die Leistungsbeanspruchung am Arbeitsplatz übrig lässt. Und es ist auch weitaus günstiger, als in die Oper zu gehen. Die Variablen Zeit, Qualität und Geld sind die Zwänge des Arbeitskraftverkaufs. Falsch ist der Stolz auf die Wohlstandsgesellschaft deshalb, weil es absolute Notwendigkeiten für die Erfüllung des Verkaufs von Arbeitskraft als das gute Leben ausgibt.

Hier mag es folgenden Einwand geben: Auch ehemalige Luxusprodukte gebe es, die mittlerweile erschwinglich sind. Aber was beweist das? Dass die Produktivkraft so fortgeschritten ist, dass Dinge in so wenig Zeit hergestellt werden können, um auch bei niedrigen Einkommen noch Profit zu erwirtschaften. Was aber nicht passiert: Weniger Arbeitszeit in der Herstellung führt

nicht zu einem Gewinn an Lebensfreizeit bei besserer Versorgung. Sondern: Nach wie vor ist die 40-Stunden-Woche normal und auch diese lange Zeit des Verkaufs von Lebenszeit und Fähigkeiten gibt für viele nicht mal das Notwendigste her. Wie eine bezahlbare Wohnung, gutes Essen, qualitative Kleidung oder hochwertiges Amüsement. Die Vorteile der gewachsenen Produktivität genießt also weniger die arbeitende Bevölkerung als vielmehr die unternehmende Seite.

Der doppelt freie Arbeiter, frei für Verkauf seiner Arbeitskraft, aber auch frei von Eigentum an Produktionsmitteln, wird alltäglich umschmeichelt von Werbung. Insbesondere wenn er Zugriffsmacht, also Geld, hat. Bei der Werbung lässt sich Folgendes feststellen: 1. Die Kaufkraft der Kunden ist beschränkt. Und gerade aufgrund der Beschränkung tobt ein Kampf um diese Kaufkraft. 2. Die Bedürfnisse sind ihrem Inhalt nach weitgehend durch das Universum einer Warenwelt bestimmt, mit der Unternehmen um die Kaufkraft potenzieller Kunden kämpfen. Aus dem am Markt anvisierten und umkämpften Kaufkraftthema werden auch Dinge hergestellt, welche „verzichtbare“ Gebrauchswerteigenschaften besitzen, damit auch jene profitorientiert erreicht werden können, welche nur einen schmalen Geldbeutel haben. Für jeden ist etwas dabei. Dann kriegt man halt eine Billigkutsche, dann kriegt man halt Gemüse, welches nach nichts schmeckt, dann kriegt man halt die letzte Absteige als Wohnung. Als wäre diesem Bedürfnis nicht anzusehen, dass

es kein frei gewähltes, sondern durch den Kapitalismus geformtes und benutztes ist.

Zur Verbraucherberatung: Testberichte, Preisvergleiche und Tipps müssen anscheinend sein, damit der Kunde nicht über den Tisch gezogen wird. Eine Verpackungsordnung muss wenigstens kleingedruckt preisgegeben, welche Angriffe auf den Körper erfolgen. Der Konsument wird also nicht nur von der Werbung überfallen, sondern auch von Unternehmen, welche auch über die eigene Sicherheit und Gesundheit herfallen.

Was gibt es zur althergebrachten Konsumkritik zu schreiben: Diese ist durchaus verbreitet. Dann werden schlimme Arbeitsbedingungen beklagt, unökologische Produktionsbedingungen oder die Plastikflut. Vor allem in unserer Überflussesgesellschaft sei das zu sehen. Aber wo wird der Überfluss denn gesehen? In den Villen der Reichen? Nein, in den Haushalten der Normalos, denen im Namen wirtschaftlicher Konkurrenzfähigkeit seit Jahrzehnten eine Lohnsenkung nach der anderen zugemutet wird. Alles für den Standort Deutschland, nicht außer den Standort Deutschland, alles durch den Standort Deutschland.

Und was entgegnet dieser kritisierte Konsument? „Vieles braucht man nicht“. Naja, stimmt schon, wozu Auto, wenn nicht Fahrgemeinschaft, wozu Mittelmeer, wenn nicht Balkonien, wozu Tomaten, die nach wirklichen Tomaten schmecken, wenn nicht Wasertomaten. Alle sachlichen Güter eines

guten Lebens sind vorhanden, aber für die Majorität nicht verfügbar, weil sie mangels Finanzkraft ausgeschlossen sind. Und in einer solchen Welt, die alle Mittel des Genusses bereitstellen könnte, wird die arbeitende Bevölkerung auf den harten Maßstab des existentiell Brauchens festgenagelt. Wohlstand ist es nicht, der einbehalten wird, wenn vermeintlicher Überfluss abgebaut wird.

Aber ja, man entdeckt überall Verantwortungslosigkeit und Ausbeutung. Bei Trinkwasser, Fußballproduktion oder Kaffeeanbau. Wer ermöglicht den Menschen schindern und Umweltsündern denn ihre kritisierte Produktion? Der arme Konsument, der sich gescheiterte Produkte mit guter Qualität nicht leisten kann und dennoch Dinge braucht? Dieser braucht sich nicht wundern, dass seine beschränkte bezahlbare Nachfrage von Kapitalisten genutzt wird, welche selbst mit Schrott noch Profit machen.

Immer mehr, billiger, schneller, höher, weiter. Das ist kein Übermaß an Produktion, sondern elementares Prinzip. Kinderarbeit ist billig, Pestizide sind ertragssteigernd und unökologische Produktion ist ein Wettbewerbsvorteil. Ausbeutung findet im Kapitalismus alltäglich statt, unbeanstandet. Das Ausweiten der normalen Ausbeutung jenseits subjektiver Moral ist hierbei der eigentliche konstatierte Skandal.

Und der Verbraucher soll hierbei auch geschützt werden. Vor den Eskapaden der Lebensmittelindustrie, vor den Auswüchsen der Kinderarbeit. Was immer nach dem Urteil des Publikums schief läuft, es wird teilweise repariert oder reingewaschen. Aber nicht mit einer Veränderung der Produktion, deren Zielen und Zwecken, sondern mithilfe

der Konsumtion. Ein ethisch wertvollere Einkaufszettel sei hierbei die Losung.

Bio, Fairtrade etc. gelten als Triumph der Konsumentenmacht. Merkwürdig, dass gesunde und ökologische Ernährung überhaupt ein spezielles Label bekommen muss. Und Gesundheit und Geschmack ist gegen Aufpreis erhältlich, angeblich in Biomärkten. Die meisten haben hierfür aber nicht die Kaufkraft, weil sie ihre Arbeitskraft zu so wenig Geld verkaufen müssen, dass es nur die Hollandtomate wird.

Das Lohneinkommen wird von den Unternehmen so gering beziffert, dass es auf der anderen Seite den Markt mit wenig zuträglichen Lebensmitteln beliefert. Dennoch: Bio und Fairtrade sind beliebt und werden gerade auch von Unternehmen genutzt. Supermärkte bieten überall Bio an. Und Bio wird so weit runter definiert, dass es auch bezahlbar wird. Sprich: Ökologisch, allerdings mit furchtbaren Löhnen. Es ist offenbar gar nicht so einfach, als Konsument die Unternehmen zu beeinflussen, die man eigentlich auch gar nicht angreifen will.

Und Fairtrade: Ach je, der Preis im gelobten freien Spiel der Marktkräfte ist mit Fairness nicht vereinbar. Der Verkäufer will einen hohen, keinen fairen Preis erzielen. Der Käufer will einen niedrigen, keinen fairen Preis erzielen. Wer sitzt hierbei wohl am längeren Hebel? Preise sind nicht dazu da, einen Ausgleich zu ermöglichen, der gegensätzliche Interessen versöhnt. Und der unfair produzierte Kaffee? Der wird nicht ersetzt, sondern Fairtrade-Kaffee ergänzt das Angebot für jene, welche es sich leisten können.

Und die suggerierte Macht des Konsumenten durch den Kaufakt? Aus der Bedingung

für den Unternehmenserfolg, dem Kauf der Ware, wird der Grund für die Beeinflussung. Mit dem Wechsel der Kaufentscheidung bewegt sich der Konsument in einem Spielfeld, welches überhaupt die beklagten Auswüchse hervorbringt. Für moralische Kunden zerfällt die Welt des Konsums in gute und böse Unternehmen. In solche der guten Moral und jene, der schlechten. Gegen Profit haben sie nichts, aber gegen Profitgier. Auf diese Weise wird nicht die Kalkulation von Gewinn an sich problematisch, sondern eine überzogene Stellung davon. Aber was ist denn bitte schön überzogen? Mit der Kostensenkung mit unökologischer Produktion etc., sichert ein Unternehmen seine Existenz, verschafft sich durch Preissenkung einen Konkurrenzvorteil und steigert den Gewinn. Das mag man moralisch falsch finden, dann aber bitte doch grundsätzlich und nicht irgendwelche Auswüchse.

Der Konsument tauscht Enttäuschung im Konsum durch Hoffnung aus. Ein anderes Unternehmen möge es doch besser machen. Und Unternehmen nehmen sich dieser Hoffnung gerne an. Sie werben groß damit, auf Kinderarbeit zu verzichten, grün zu produzieren oder gesunde Lebensmittel zu produzieren. Ist das nicht selbstverständlich?

Die Rechnungsweise, die jeden Aufwand als Kost bilanziert, die sich durch einen Gewinn rechtfertigen muss, bleibt auch bei Bio- und Fairtradeunternehmen in Kraft. Gewinn statt Versorgung ist das generelle Ziel und die mangelnde Verantwortung und Maßlosigkeit wirft man ausgerechnet jenen zu, welche die eigentlichen Leidtragenden im Kapitalismus sind: Den doppelt freien, nicht immer lesenden, Arbeitern.

## Der am meisten unterschätzte Staatsmann der deutschen Geschichte

**Dr. Keith Barlow** Im Münzenbergssaal des Berliner nd-Gebäudes versammelten sich am 15. März mehr als 400 Genossinnen und Genossen im Gedenken an Hans Modrow. Unter den Trauergästen waren Egon Krenz, Gerhard Schröder, prominente Vertreter der Linkspartei und Diplomaten aus Japan, Südkorea und anderen Ländern.

Vertreter der Bundesregierung waren nicht zu sehen. Aus dem Stadtverband Leipzig der LINKEN nahm außer mir noch Ekkehard Lieberam teil. Gemäß dem Wunsch von Hans war die Trauerfeier schlicht und einfach. Im Mittelpunkt standen Erinnerungen von u. a. Christa Luft, Dietmar Bartsch und Daniela Dahn an ein außergewöhnliches Leben als Politiker, als letzter sozialistischer Minis-

terpräsident der DDR, als Bundestagsabgeordneter, Mitglied des Europaparlaments und als Vorsitzender des Ältestenrates der Linkspartei.

Die Veranstaltung fand in einer Atmosphäre der tiefen Sorge über den kritischen Zustand unserer Partei statt. Bis zu seinem Tode hat dies Hans tief beunruhigt. Er suchte nach Lösungen. Für Hans stand dabei nicht zur Disposition: Diese Partei muss eine Friedenspartei, eine Klassenpartei sein. Mein Eindruck war, nicht nur die Trauerredner, auch die große Mehrheit der Anwesenden waren der gleichen Meinung.

Gedacht wurde eines Genossen, dessen oberstes Prinzip die Wahrhaftigkeit war, der

klar und verständlich erklären konnte, was Sache ist. Was er sagte und schrieb wurde ernst genommen, leider nicht immer von der Führung unserer Partei.

Bis vor Kurzem bekam Hans ständig Einladungen innerhalb und außerhalb der Bundesrepublik. Er war oft bei uns in Leipzig.

Einer der Trauerredner nannte Hans den "meistunterschätzten Staatsmann der deutschen Geschichte". Hans war zugleich immer ein Genosse der Basis und ein treuer Freund. Auf der Veranstaltung hatte nicht nur ich das Gefühl, er ist noch immer da.

Lieber Hans, wir werden Dich nie vergessen.

## Mitgestalter des Jahrhunderts – Abschied von Hans Modrow

**Volker Külöw** Die Beerdigung von Hans Modrow – im Alter von 95 Jahren am 10. Februar 2023 verstorben – fand Anfang März im kleinsten Familienkreis statt. Das Grab ist zu finden auf dem Dorotheenstädtischen Friedhof – genauer: Dorotheengarten, Reihe 5, Grab 5. Ein kleiner, bescheidener Grabstein ganz nach Modrow-Art.

Eine Woche später nahmen hunderte Freunde, Begleiter und Mitstreiter im Münzenbergsaal im Berliner nd-Gebäude in einer würdevollen Trauerfeier mit Musik und vielen Bildern Abschied von Hans. Sie gedachten des demokratischen Sozialisten und Kämpfers für eine sozial gerechte und bessere Welt. Unermüdlich hatte er viele Jahrzehnte für die Idee des demokratischen Sozialismus, für eine starke Linke sowie für Frieden und Völkerverständigung gewirkt. Alle Anwesenden verneigten sich vor der großartigen Lebensleistung Hans Modrows mit vielen Stationen zwischen dem Zweiten Weltkrieg, sowjetischer Gefangenschaft, DDR-Aufbau und Aufstieg bis ins höchste Regierungsamt, Bundestags- und EU-Abgeordneter und last but not least Ehrenvorsitzender der Partei, für die er bis zuletzt ein unbequemer Mahner blieb. Gerade an diese Rolle erinnerte Christa Luft, Wirtschaftsministerin in seinem Kabinett, und verwies auf ihre letzte Begegnung mit dem langjährigen politischen Mitstreiter am 16. Januar 2023: „Da war das Abrücken seiner Partei vom Gründungskens der Linken, der das Ein-

treten für einen Systemwechsel beinhaltete. Oft hatte er – allerdings vergeblich – öffentlich vor einem Einknicken gewarnt.“ Dabei hatte er mit seiner „Geheimrede“ auf dem SED-Sonderparteitag im Dezember 1989 die Weiterexistenz der Partei erst ermöglicht, als er eindringlich gegenüber den Delegierten sagte: „Wenn ... dieses Land nicht mehr regierungsfähig bleibt, weil mir, dem Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, keine Partei zur Seite steht, dann tragen wir alle die Verantwortung dafür, wenn dieses Land untergeht.“

Der Ko-Vorsitzende der Bundestagsfraktion Dietmar Bartsch würdige Hans Modrow als „Mitgestalter des Jahrhunderts“ und zeichnete in seiner Trauerrede verschiedene Lebensstationen des nahbaren Politikers und bodenständigen Internationalisten nach: „Ihn konnte man in der Kaufhalle und beim Wandern in der Sächsischen Schweiz treffen – und ansprechen.“ Zu dieser Zeit im Westen hoch gelobt, wurde in der Bundesrepublik ab 1990 aus dem Hoffnungsträger schnell ein Schurke. Für ihn hieß es: Strafreute statt Bundesverdienstkreuz! Insofern ist es nicht verwunderlich, dass am 15. März kein einziger Vertreter der Bundesregierung zur Trauerfeier erschienen war. Nicht einmal ein Kondolenzschreiben ging ein. Bis heute ist die politische Klasse der BRD unfähig, die Leistungen Ostdeutscher für den friedlichen Verlauf des Vereinigungsprozesses anzuerkennen. So vertieft man die Kluft zwischen

Ost und West weiter. Egon Krenz, langjähriger Weggefährte Modrows, nahm die Verweigerung des letzten Respekts empört zur Kenntnis: „Das ist unerhört und würdelos.“ Neben Egon Krenz saß immerhin Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder, der mit seiner Frau gekommen war, in der ersten Reihe.

Auch für den Leipziger Stadtverband ist der Tod von Hans Modrow ein schwerer Verlust, denn er war mit uns durch das Liebknecht-Haus auf besondere Weise verbunden. Den Erwerb des Hauses und die dafür notwendige Spendenkampagne unterstützte er stets mit Herzblut. Im Vorwort einer Broschüre über das Haus aus dem Jahre 1996 formulierte er kämpferisch: „Ein solches Vorhaben verlangt in der heutigen Zeit Mut und Engagement aller Genossinnen und Genossen – nicht nur in Leipzig. Ich bitte deshalb alle Mitglieder und Sympathisanten der PDS, dieses für unsere gesamte Partei bedeutsame Vorhaben, das zugleich von unserer Vergangenheit und Zukunft Zeugnis ablegen würde, zu unterstützen.“

Hans lebte diese Solidarität selbst. 1997 war er zu Gast bei uns zur feierlichen Umbenennung des Gebäudes in „Liebknecht-Haus Leipzig“. Und dann kam der 29. August 2008: An diesem Tag begrüßten wir ihn bei unserem Hoffest, um zusammen den endgültigen Erwerb des Hauses für die Partei zu feiern. Nicht zuletzt deshalb bleibt er für die Leipziger LINKE unvergessen. Adieu Hans!

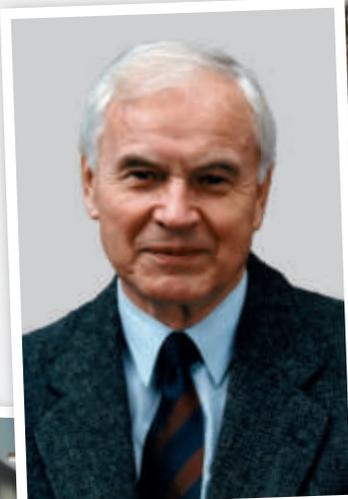




Foto: linXXnet / Jule Nagel

## Arbeitskämpfe in der Ukraine – Ein zuversichtlicher Abend

**Jule Nagel und Mark Gärtner** Mitte März begrüßte das linXXnet die ukrainischen Gewerkschafter:innen Yuriy Petrovich Samojlov und Maryna Samojlova in Leipzig. Schon Ende Januar, bei ihrer Reise nach Kyiv, lernten wir Yuriy kennen, damals leider nur per Videotelefonat. Denn er wohnt in Kryvyj Rih, eine Stadt in der südöstlichen Ukraine. Umso erfreulicher war es, dass Yuriy und Maryna bei ihrer Tour durch Polen, Portugal, Frankreich, Spanien und auch Deutschland in Leipzig stoppten. So konnte das persönliche Kennenlernen nachgeholt und zentrale Botschaften der beiden bei einer öffentlichen Veranstaltung von DGB Region Leipzig-Nordsachsen und Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen im linXXnet übermittelt werden.

Beide sind in der linken Gewerkschaft NPGU (Unabhängige Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter:innen) tätig. Yuriy ist dort langjähriger Vorsitzender, Maryna engagiert sich für die Gleichstellung der Frauen, die in diesen Berufen arbeiten. Moderiert wurde die Veranstaltung vom Leiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung in der Ukraine Ivo Georgiev und übersetzt von Nelia Vakhovska, Mitarbeiterin im RLS-Büro in Kyiv.

Beide berichteten über erfolgreiche Arbeitskämpfe in der Region um Kryvyj Rih. Die ist stark vom Eisenerzabbau und von der Metallherzeugung geprägt, mehrere zehntausend Menschen arbeiten in den Berggruben und Fabriken. Vor etwa vier Jahren startete NPGU eine Kampagne im größten ukrainischen Metallkonzern Arcelor Mittal und forderte erfolgreich Gehaltserhöhungen und die Rücknahme der staatlichen Kürzung von sozialen Leistungen.

Nach Beginn der großen Invasion Russlands letztes Jahr veränderte sich auch die Situation der Arbeiter:innen wie der Gewerkschaft. Zunächst ging es darum, die Stadt möglicherweise zu verteidigen, russische Truppen standen bereits in den Vororten von Kryvyj Rih. Dem zivilen Widerstand der ukrainischen Bevölkerung hätten sich wohl auch Yuriy und Maryna angeschlossen, wenn die russischen Truppen nicht zurückgeschlagen worden wären. Eine Kiste Molotow-Cocktails befindet sich noch heute in der Wohnung der Samojlovs.

Die meisten männlichen Arbeiter kämpfen heute an der Front, die NPGU unterstützt ihre Familien und hält Kontakt, auch für den Fall einer notwendigen Beerdigung, wenn ein:e Soldat:in fällt. Zudem kämpfte die NPGU durch, dass die Löhne auch in der Zeit der Einberufung weiter gezahlt werden.

Maryna verdeutlichte, dass Frauen auch in der Armee kämpfen. Viele fertigen heute aber Tarnnetze und Molotow-Cocktails an oder sind geflüchtet. Gleich ob Frauen oder Männer – die Unternehmen sind heute nur noch zu 30 Prozent zu ausgelastet auf Grund der stark geschwundenen Belegschaft.

Stark machten die beiden, dass die NPGU eine kämpferische Gewerkschaft sei, im Unterschied zu einigen anderen Gewerkschaften in der Ukraine. Die russische Invasion konnte diesen Kampfeswillen nicht brechen. Hoch digitalisiert, wie die ukrainische Gesellschaft ist, finden Besprechungen und Versammlungen online statt. Und genauso werden Wünsche und eben Drohungen an die Arbeitgeber:innen übermittelt. Halb ernst, halb scherzhaft schätzt

Yuriy optimistisch ein, dass das Drohpotential der Arbeiter:innen gegenüber den Arbeitgeber:innen nach dem Krieg deutlich größer sei, nun, da viele Arbeiter:innen den Umgang mit der Waffe – gezwungenermaßen – lernen müssen. Denn die Arbeitskämpfe in der Ukraine waren, sind und werden hart bleiben angesichts von Oligarchentum, Korruption und im Zuge der Invasion ausgebeuteter Arbeitsrechte, erhöhter Arbeitszeiten und gekürzter Löhne. So hat das ukrainische Parlament beschlossen, dass Tarifverträge einseitig von Arbeitgeberseiten ausgesetzt werden können.

Doch selbst an diesem Punkt überwiegt Zuversicht. Da Arbeitgeber:innen dieses Gesetz anwenden können, nicht müssen, käme es auf die Verhandlungsmacht der Gewerkschafter:innen an. Jedoch, so die klare Erwartung, müsse die EU gegenüber der Ukraine deutlich die Einhaltung der Arbeitnehmer:innen-Rechte einfordern. Das stark von „Catch-All“-Parteien dominierte, ukrainische Parlament würde das nicht einfach ignorieren können.

Die Samojlovs positionieren sich klar gegen die russische Invasion und Okkupation und kämpfen für eine Ukraine, deren Geschicke in Zukunft nicht von denen bestimmt wird, die zum Militär gehören, sondern von den Menschen. Sie engagieren sich für eine linke Partei anstelle von oligarchischen Netzwerken.

Das linXXnet ist dabei an ihrer Seite!

Die Veranstaltung kann online nachgeschaut werden: <https://youtu.be/yamej1RHgM4>



Erfahrungsaustausch zur Erneuerung der Stadt und Haustechnik sowie Gemeinschaftseigentum wie Fassade bei Wohnungseigentümern sowie Freiräume in Kiew-Darnitzkij im September 2018



Erfahrungsaustausch Kiewer und Leipziger Fachleute und Politiker im Zentrum für Stadtentwicklung in Kiew-Darnitzkij



Fotos: Siegfried Schlegel

## Ruinen schaffen mit und ohne Waffen?

**Siegfried Schlegel** Der Ukrainekrieg hält seit mehreren Jahren Europa in Atem, der nicht erst durch den Angriff russischer Streitkräfte im Februar vergangenen Jahres begann, sondern bereits seit Ende 2014 nach dem Putsch, ausgelöst durch Proteste auf dem Maidan. Seit dieser Zeit gab es in der Mehrheit von Russen bewohnten und nach Autonomie strebenden Ostukraine von der Zentralregierung ausgelöste bewaffnete Konflikte. Darauf sind die Medien in der BRD fast überhaupt nicht eingegangen. Diese Auseinandersetzung unter Brudervölkern wird verstärkt durch eine von ukrainischem Nationalismus getragene Diskriminierung von allem, was russisch ist. Inzwischen ist auch die Westukraine mit der dort gelegenen Hauptstadt Kiew von den Kriegshandlungen unmittelbar betroffen. Wenn man seit Jahrzehnten persönlich in die Städtepartnerschaft und Kooperation Kiewer und Leipziger Bauschaffender eingebunden ist, schmerzen menschliches Leid und Zerstörungen besonders, wie im Rayon Kiew-Darnitzkij, der schon direkt von Luftangriffen mit Zerstörungen betroffen war. Im Mai 2018 fanden im Rahmen eines Besuchs von Vertretern der Kiewer Stadtverwaltung verschiedene Workshops in Leipzig und Besichtigungen in Grünau zur Entwicklung der Stadtbezirke Kiew-Darnitzkij und Leipzig-Grünau (West) mit Leipziger Vertretern der Verwaltung, der WBG Kontakt e. G. und Akteuren zur Entwicklung der Wohnungsstrukturen, des Schulnetzes sowie der Soziokultur und der besonderen Bedeutung der Stadtteilzentren statt. Die Planungen zu den Projekten „Broadway“ in Kiew-Darnitzkij und „Alte Salzstraße“ in Leipzig-Grünau waren Gegenstand eines Fachgesprächs in Grünau. Bei einem Abschlussworkshop am Folgetag ging es um Arbeitsweise und Inhalte des Quartiermanagements in Grünau. Zu einem Gegenbesuch reiste im September 2018 eine Leipziger Delegation nach Kiew, um sich im Rahmen des Projekts „Partizipative Gestaltung eines Stadtteils zu einem lebens-

werten Ort“ vertiefend mit dem Stadtbezirk (Rayon) Darnitzkij sowie der Erneuerung der Stadt- und Haustechnik unter den besonderen Bedingungen des Wohnungseigentums der Bewohner zu beschäftigen. Neben Verwaltungs- und Bevölkerungsstrukturen in Großwohnsiedlungen am Beispiel von Darnitzkij und Grünau wurde auch intensiv über Formen der Bürgerbeteiligung und stadtteilbezogene Bürgerhaushalte diskutiert.

Ruinen kann man aber auch ohne Waffen schaffen, wie mehrere Beispiele in Leipzig beweisen. Bereits seit den 1970er Jahren war auch in Leipzig eine verstärkte Nachnutzung von Wohngebäuden geplant, wie Stadtquartiere im Osten oder das Kolonnadenviertel in der IWW beweisen. Maßgebend war damals, dass außer bei denkmalgeschützten Bauten die Kosten der Sanierung, die eines Neubaus überschritten. In großem Umfang sollten in den zurückliegenden Jahrzehnten auch in Leipzig Wohnungs-, Gesellschafts- und Kommunalbauten in monolithischer und überwiegend industrieller Montagebauweise abgebrochen werden. Deren Ersatzbauten hätten einen dreistelligen Millionenbetrag verschlungen. Durch vollzogene Abrisse beispielsweise von zwei Typenschulgebäuden wie in der Telemannstraße (Innere Westvorstadt) wurde ein zweistelliger Millionenbetrag „verbrannt“, auch weil dadurch unnötigerweise eine Tiefengründung abgerissen und zusätzlich für den Schulneubau eine neu geschaffen werden musste. Dabei war das schon bei der Beschlussfassung zum Abriss und Ersatzneubau im Stadtrat thematisiert worden. Seit Jahren setzt sich die Linksfraktion für die konsequente Nachnutzung von Gebäuden auch durch Umnutzung oder Anbauten vor leichtfertigem Abriss ein. Die Initiative zur Verhinderung unnötiger Abrisse ging vor Jahren erstmalig bei der ehemaligen Arthur-Hoffmann-Schule (3. Grundschule) in der Bernhard-Göring-Straße von einzelnen Stadträten wie Dr. Bernhard Brand,

Sören Pellmann und Siegfried Schlegel aus. Letztlich konnte der vorgesehene Abriss auf Grund eines Antrags und nach Einlenken der Stadtverwaltung verhindert werden. Trotz unverzichtbaren zusätzlichen Neubaus ist die Stadt derzeit bei der Nachnutzung von Schulen und Kindertagesstätten kein gutes Vorbild.

Nunmehr wurde der seit Jahren im Raum stehende Abriss der Kindertagesstätte Krönerstraße in Anger-Crottendorf beschlossen. Die Kita wurde in monolithischer Ziegelbauweise mit Füllkörper-Decken gebaut. Hingegen wurde die zur gleichen Zeit um 1970 errichteten baugleichen Einrichtungen wie in der Hohestraße bereits vor Jahren saniert.

Deshalb stellte die Linksfraktion im vergangenen Jahr den später in abgeänderter Fassung beschlossenen Antrag für ein grundsätzliches Nachnutzungsgebot für Gebäude, d. h. den weitreichenden Vorrang von Sanierung vor Abriss und Neubau. Vor Planungsbeschlüssen für städtische Gebäude und bauliche Anlagen sind zwingend u. a. technische, wirtschaftliche und ökologische Nachnutzungsbewertungen durchzuführen und zu dokumentieren. Auf dieser Grundlage erfolgt die Entscheidung für Modernisierung oder Rückbau und Neubau und die entsprechende Erarbeitung für die Planungsbeschlüsse. Auf jeden Fall sollte eine solche Abwägung nachvollziehbar Bestandteil von Beschlussvorlagen sein. Diese nachzuweisende Prüfung findet bei aktuellen Planungs- und Baubeschlüssen nicht statt. Aus städtebaulicher und baufachlicher Sicht ist der Abriss von Kitas nicht nachvollziehbar. Das zeigt sich beim einstimmigen Abrissbeschluss der Kita Nordstraße, die in monolithischer Ziegelbauweise mit Stahlbetondecken hergestellt wurden, deren Gruppenräume und die Freifläche nach Süden ausgerichtet ist. Eine Nachverdichtung ist sinnvoll und geboten. So könnten die mehrgeschossigen Blockränder entlang der Pfaf-

fendorfer bzw. Nordstraße durch Anbauten mit den vorgesehenen zusätzlichen Nutzungen nach Süden verlängert werden, was den Schallschutz für die Kita verbessern würde. Beschlossen wurde ebenso der Abriss einer Typen-Kita im WK 8 aus den 1980-er Jahren mit Neubau einer kleineren Kinderbetreuungseinrichtung sowie einer Typenschule aus den 1970-er Jahren in der Tauchaer Str.

Durch einen weiteren beschlossenen Antrag der Linksfraktion soll es eine doppelte Innenentwicklung durch flächensparende kompakte Nachverdichtung bei gleichzeitiger Beförderung des städtischen Grüns geben. Wenn dies gleichzeitig mit stadtver-

träglicher Mobilität durch einen bezahlbaren ÖPNV und Funktionsüberlagerung innerhalb von Gebäude kombiniert wird, wäre das so gar eine vierfache Innenentwicklung.

Wenn man über 50 Jahre selbst auf Baustellen gearbeitet oder für solche Verantwortung getragen hat sowie an der Planung von Bauvorhaben und der Stadtentwicklung mitwirken konnte, vermag man einzuschätzen, wie viel Kraft, Mühe und Können es den Bauleuten abverlangt, große und kleine Bauvorhaben umzusetzen. Viele Politiker versuchen die Welt und das Bauen sowie Stadt- und Regionalentwicklung zu interpretieren. Es kommt aber darauf an, Bauwerke

zu schaffen und für mindestens einhundert Jahre und mehr zu bewahren sowie für die jeweiligen Generationen nutzbar zu machen auch aus Kostengründen und Gründen der Nachhaltigkeit sowie des sparsamen Umgangs mit Baustoffen, Energie und vergegenständlichter Arbeit. Letzteres wird oft außer Acht gelassen. Deshalb gebietet es der Respekt vor den Leistungen der Bauschaffenden zurückliegender Jahrzehnte, dass in Leipzig das beschlossene Nachnutzungsgebot endlich konsequent und nicht nur halbherzig durchgesetzt wird und Kriege beendet werden.

## Ein Historiker der revolutionären Träume: Manfred Kossok (1930–1993) – Teil 1

**Christian Hofmann** *Heute vor dreißig Jahren starb einer der wichtigsten ostdeutschen Historiker: Manfred Kossok. Sein Werk bietet noch immer eine einzigartige Perspektive auf die Geschichte der Revolution.*

*Manfred Kossok zählte zu den intellektuellen Wegbereitern der PDS. Bis zu seinem frühen Tod engagierte er sich in Wort und Schrift für eine moderne Linke. Christian Hofmanns Rekonstruktion von Kossoks revolutionstheoretischem Denken liefert wichtige Anhaltspunkte für die politische Bildung. Nicht zuletzt deshalb drucken wir dessen Essay aus dem „Jacobin Magazin“ vom 23. Februar 2023 in zwei Teilen, in der April- und der Mai-Ausgabe des Mitteilungsblattes nach. Für die Erlaubnis zum Nachdruck danken wir „Jacobin“ – die Red. Anmerkung zum Text: Fast alle Kossok-Zitate aus der Zeit vor 1990 stammen aus „Revolutionen der Weltgeschichte“, alle Zitate aus dem Zeitraum 1990–1993 sind aus „Sozialismus an der Peripherie“ entnommen.*

Auf Kossoks Monumentalwerk prangt Jean-Baptiste Regnaults allegorische Darstellung des revolutionären Aufrufs „Freiheit oder Tod“. *In Tyrannos – Revolutionen der Weltgeschichte* ist ein herausragendes Werk des marxistischen Historikers Manfred Kossok und ein wichtiger Beitrag zur Geschichtswissenschaft. 1989 in Leipzig erschienen, inter-

pretiert das Buch die Zeit vom 15. bis zum späten 19. Jahrhundert als Epoche einer permanenten Revolution – von den Hussiten bis zur Pariser Kommune, von der „Morgenröte des Kapitalismus“ über die Glorreiche Revolution bis hin zur Universalisierung und Globalisierung des bürgerlichen Fortschritts, getragen durch die politisch-soziale Revolution in Frankreich und die industrielle in England.

Der Autor war einer der angesehensten Historiker der DDR. Auch im Ausland genoss Kossok einen exzellenten Ruf; er hatte Gastprofessuren in Lateinamerika, Frankreich und den USA inne. Sein wichtigstes Anliegen war die Beschreibung von revolutionären Zyklen. Es ging ihm darum, das „im Verlauf der Geschichte wechselnde quantitative und qualitative Verhältnis von Revolution und Reform“ herauszuarbeiten.

Der „Revolutionszyklus“ ist für Kossok ein „universalhistorischer Gesamtzyklus“, der die Dialektik von Revolution und Reform widerspiegelt. Selbst Konservative konnten sich durch ihn gezwungen sehen, zu „Testamentvollstreckern der Revolution“ zu werden. „So hat die List der Geschichte auch die Revolutionen nicht verschont“, schließt Kossok das einführende Kapitel seines Monumentalwerkes.

War es auch keine List der Geschichte, so könnte man es aber als Ironie der Geschichte betrachten, dass zeitgleich mit dem Erscheinen der Revolutionen der Weltgeschichte im Jahr 1989 die Revolution begann, die den Staatssozialismus in ganz Osteuropa zu Fall brachte. Als SED-Mitglied, Leiter des Instituts für allgemeine Geschichte der Neuzeit an der Karl-Marx-Universität Leipzig und Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR war Kossok ohne jeden Zweifel Teil der „sozialistischen Intelligenz“,



Eigene Darstellung in Anlehnung an Original-Cover, Hintergrundbild: Jean-Baptiste Regnault: The Genius of France between Freedom and Death (Public Domain)

deren Aufgabe eigentlich darin bestand, die damaligen Herrschaftsverhältnisse zu legitimieren.

Die dabei bis zur „Selbstaufgabe geübte Disziplin“ war auch Kossok nicht fremd. Noch im Epilog der Revolutionen der Weltgeschichte etwa beteuert er, dass mit der russischen Oktoberrevolution „der endgültige Durchbruch der proletarischen Revolution und damit die Grundlegung einer neuen Epoche der Weltgeschichte“ erfolgte. Wer Kossok allerdings aufgrund solcher Aussagen für einen marxistisch-leninistischen Ideologen hält, der im Sinne der Staatsdoktrin dogmatisch auf einem mechanischen Geschichtsverständnis und starren historischen Gesetzmäßigkeiten besteht, liegt grundfalsch.

### **Revolution als universelle Dialektik**

Die Revolutionen der Weltgeschichte waren Kossoks Lebensthema. 1930 in Breslau geboren, überlebte er „die Hölle des Umsiedlungslagers von Lamsdorf/Lambinowice mit 2000 Gefährten von ursprünglich 8000“. Nachdem er das Abitur nachgeholt hatte, studierte er in Leipzig bei so wichtigen Gelehrten wie Ernst Bloch, Hans Mayer und vor allem Walter Markov. Während die beiden erstgenannten sich in den Westen absetzten, ging Markov, genau wie sein „Meisterschüler“ Kossok, einen anderen Weg. Zwar wurde Markov wegen „titoistischer Tendenzen“ aus der SED ausgeschlossen, konnte aber seine Arbeit an der Universität fortsetzen. Gemeinsam initiierten Markov und Kossok – der bereits 1963 zum Professor berufen wurde – den Arbeitskreis vergleichende Revolutionsgeschichte, der die Leipziger Schule der Revolutionsforschung begründete.

Die Revolution ist bei Kossok nie auf die kurze Zeitspanne beschränkt, in der sich entscheidet, wer die Macht im Staat für sich reklamieren kann. Wichtiger war ihm der „Begriff der Revolution im weiteren Sinne“, der „den ungleich länger andauernden Gesamtprozess der Durchsetzung und Konsolidierung der neuen Gesellschaftsordnung“ beschreibt. Hier konnte Kossok direkt an Marx anschließen, bei dem es bereits im berühmten „Vorwort zur Kritik der politischen Ökonomie“ heißt, dass mit einer „Epoche sozialer Revolution“ nicht nur die ökonomischen Grundlagen der Gesellschaft, sondern „der ganze Überbau“ umgewälzt wird – und zwar, abhängig von den jeweiligen Umständen, „langsamer oder rascher“. Für Kossok war klar: „Revolution – das heißt eine besondere Qualität, eine besondere Form, ein besonderes Moment historischer Entwicklung. Als Zäsur, Weichenstellung, Knoten- und Wendepunkt der Geschichte“. Nichts lag Kossok ferner als ein deterministisches Revolutionsverständnis. „Revolution, das heißt Sein und Handeln an den Schnittpunkten der Weltgeschichte.“

Ein besonderes Augenmerk legte Kossok in seiner Analyse auf die „heroischen Illusionen“, die zu jeder revolutionären Epoche gehören. Dieser „utopische Überschuss“, der „visionäre Anspruch“, die „Träume der Zukunft“, die der revolutionären Epoche zu eigen sind, sind alles, nur keine Phantasterei. Sie bilden ein konstitutives Element für das notwendige Bündnis aus „Hegemon“ und „Triebkräften“, das jeder Revolution zugrunde liegt. „Jede große historische Umwälzung ist von einem ganzen Komplex heroischer Illusionen geprägt. Es sind dies keine chimärischen Vorstellungen, sondern Leitideen, die gleichsam in die Zukunft weisen und damit ungeahnte Energien freilegen, denen ein brüchig gewordenes und seiner Legitimation verlustig gegangenes Regime in der Regel nicht zu widerstehen vermag.“ Um diesen bedeutenden subjektiven Faktor der Revolution zu unterstreichen, bezog sich Kossok vor allem auf die Frühschriften von Marx.

### **Weltgeschichte statt Eurozentrismus**

Seine Vorstellung der Weltgeschichte entlehnte Kossok ebenfalls bei Marx. „Weltgeschichte existierte nicht immer; die Geschichte als Weltgeschichte Resultat“ heißt es in einem schönen Marxschen Aphorismus in den Grundrissen. Gemeinsam mit Friedrich Engels hatte dieser bereits in der Deutschen Ideologie festgestellt, dass es die industrielle Revolution und der Weltmarkt waren, die die Weltgeschichte erst hervorbrachten, da sie jedes Individuum „in der Befriedigung seiner Bedürfnisse von der ganzen Welt abhängig machte und die bisherige naturwüchsige Ausschließbarkeit einzelner Nationen vernichtete“. Hierauf bezog sich Kossok, wenn er feststellte, dass „erst mit der Entfaltung des Kapitalismus in Europa“ im Zusammenspiel mit „einer Welle von Revolutionen“ die erste Gesellschaftsformation entstand, „deren Dynamik den ganzen Erdball umfaßte“. Natürlich ging er hierbei von der Dominanz Europas aus, beziehungsweise der kapitalistischen Produktionsweise, die dort ihren Ursprung nahm. Eine rein nationale Geschichtsschreibung lag Kossok dabei genauso fern wie eurozentristische Betrachtungen. Stets ging es ihm um die Verflechtung der europäischen Entwicklung mit den anderen Erdteilen. „Ungeachtet der Dominanz Europas beschränkte sich das historische Geschehen nicht auf eine Weltgeschichte Europas, in deren Optik sich die außereuropäische Welt auf eine Objektfunktion reduzierte.“ Bereits in seiner Studienzeit in den 1950er Jahren forschte er zur Geschichte Lateinamerikas und dessen Unabhängigkeitsrevolutionen. Wenn später die Französische Revolution zum Dreh- und Angelpunkt seiner vergleichenden Revolutionsgeschichte wurde, dann nicht, weil sie reduktionistisch zum Modell erklärt wurde – es gibt keine Modelle für Revolutionen –, sondern aufgrund ihrer „zentralen

Stellung im Gesamtzyklus der bürgerlichen Revolutionen“. Die Französische Revolution war eben nicht nur eine französische; als Leitrevolution der Epoche verkörperte sie eine welthistorische Wende. Aus globaler Perspektive ging es Kossok darum, die regionalen und nationalen Geschehnisse unterschiedlicher Form und Intensität universal fassbar zu machen. „Zum Wesen der Weltgeschichte gehört ihre Unteilbarkeit als Menschheitsgeschichte.“

Kossok konnte als Historiker vergleichsweise frei arbeiten und dabei von einem undogmatischen Revolutionsverständnis ausgehen. Dennoch gab es auch für den renommierten Historiker in der DDR klare Grenzen der ideologisch akzeptablen Forschung. Nicht zufällig drehte sich seine vergleichende Revolutionsgeschichte fast ausschließlich um den von ihm ausgemachten bürgerlichen Revolutionszyklus, der sich vom 15. bis ins späte 19. Jahrhundert entfaltete. Seine Forschung endete dort, wo sie politisch erst richtig spannend geworden wäre: bei der russischen Revolution von 1917. Diese Grenze konnte er mit seinem Forschungsprogramm unmöglich überschreiten, ohne entweder der blinden Systemapologie zu verfallen oder in Misskredit zu geraten.

Noch 1988 erklärte er die Oktoberrevolution zum „endgültigen Durchbruch der proletarischen Revolution“. Doch seine Methode der vergleichenden Revolutionsforschung wollte – oder durfte – er auf diese „neue Epoche der Weltgeschichte“ nicht anwenden. Zumindest nicht bis 1989. Darüber nachgedacht haben muss er allerdings viel. Denn bereits im Februar 1990 hielt er in einem Artikel fest: „Es ist Zeit, die gesicherten Erkenntnisse der vergleichenden Revolutionsforschung auch auf die Geschichte des Sozialismus anzuwenden.“



Manfred Kossok während eines Interviews für die „Leipziger Volkszeitung“ in seinem Arbeitszimmer im Universitätshochhaus, 26. November 1981 (In memoriam Manfred Kossok. Leipzig 2000. S. 29)

## Vor 90 Jahren: In ganz Deutschland brennen die faschistischen Scheiterhaufen der entfachten Kulturbarbarei

**Prof. Dr. Kurt Schneider** Nach der am 30. Januar 1933 erfolgten Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler und dem am 27. Februar 1933 von faschistischer Hand ausgelösten Reichstagsbrand, fanden am 10. Mai 1933 in fast allen Universitätsstädten Deutschlands Bücherverbrennungen auf dafür vom faschistischen Ungeist errichteten Scheiterhaufen statt. Die Bevölkerung wurde zuvor aufgefordert, ihre „Bücherschränke von Büchern undeutschen Geistes zu säubern“ und die in Frage kommenden Bände in den Geschäftsräumen der Studenten abzugeben. Über die dafür charakteristische Vorbereitung in Rostock berichtete tags zuvor der „Niederdeutsche Beobachter“, dass nach der Machtübernahme nunmehr „der Weg zur deutschen Revolution“ frei geworden sei, „für die Säuberung vom undeutschen Geist“. Daher „werden wir die Scheiterhaufen errichten, um am 10. Mai“, erklärte ein studentischer Redner, „die Bücher, die wir bei der Durchsuchung als wider den deutschen Geist fanden, zu verbrennen. Fürs erste haben wir hier vor der Universität einen Schandpfahl errichtet, an denen wir die Bücher derjenigen anschlagen werden, die der Fluch des deutschen Volkes treffe.“

Dazu waren auf dem Rostocker Blücherplatz die faschistische SA, die Studentenschaft und die Betriebszellenorganisationen der NSDAP aufmarschiert. Unter fanatischen Heilrufen wurde je ein Buch von Kurt Tucholsky, Magnus Hirschfeld, Erich Maria Remarque, Emil Ludwig, Lion Feuchtwanger, Stephan Zweig, Vicky Baum und von den Zeitschriften die „Weltbühne“, begleitet von Hammerschlägen, an den „Schandpfahl“ geschlagen. Der Führer der norddeutschen Studenten, Dipl.-Ing. Schulze, erklärte, dass diese Aktion „nur ein Zeichen unseres Willens sei, aus der die Tat erwachsen wird: der echte, klare, deutsche Mensch“. Gemäß diesem Ziel, erklang nach dem Abschluß der Gesang des „Horst-Wessel-Liedes“, dem die militärischen Kommandorufe über den Platz folgten: „Rostocker Studentenschaft! Stillgestanden! Im Gleichschritt marsch.“

Mit der Machtübernahme im Januar 1933 war in Deutschland die faschistische Kulturbarbarei nunmehr Staatsräson geworden. Ein Ausdruck dafür waren die „Feuersprüche“, die, der jeweiligen Verbrennung am 10. Mai vorangestellt, verlesen wurden, darunter:

*„Gegen Klassenkampf und Materialismus, für Volksgemeinschaft und idealistische Lebenshaltung! Ich übergebe der Flamme die Schriften von Marx und Kautsky.“*

*„Für Zucht und Sitte in Familie und Staat! Ich übergebe der Flamme die Schriften von Heinrich Mann, Ernst Glaeser und Erich Kästner.“*

*„Gegen Frechheit und Anmaßung, für Achtung und Ehrfurcht vor dem unsterblichen Volksgeist! Verschlinge, Flamme, auch die Schriften von Tucholsky und Ossietzky!“* - der zur gleichen Zeit im KZ Sonnenburg von Verfechtern „deutscher Kultur“ schändlichst gequält wurde.

*„Gegen literarischen Verrat am Soldaten des Weltkrieges, für Erziehung des Volkes im Geist der Wehrhaftigkeit! Ich übergebe der Flamme die Schriften von Erich Maria Remarque.“*

Die faschistischen „Feuersprüche“ waren Ausdruck eines Ungeistes gleich eines Josef Goebbels, der sich in seiner „Festrede“ auf dem Opernplatz in Berlin, auf dem über 22 000 Bücher „undeutschen Geistes“ verbrannt worden sind, rühmte: „Das Geistige wird mir zum Überdruss. Mich ekelt jedes gedruckte Wort.“ Was Deutschland bevorstand, ließ der abschließende gemeinsame Gesang von „Volk ans Gewehr!“ und das „Horst Wessel Lied“ deutlich ahnen. Wessensgleich war im „Berliner Lokalanzeiger“ über die am 10. Mai 1933 lauthals verkündeten „neuen geistigen Grundlagen der deutschen Nation“ zu lesen: „Wir sind nicht und wollen nicht sein das Land von Goethe und Einstein. Alles, bloß das nicht!“

Insgesamt wurden auf den deutschlandweit errichteten Scheiterhaufen zehntausende Bücher von weit über 100 Autoren, als „Schmutz- und Schundliteratur“ bezeichnet, verbrannt, darunter fast die gesamte weltbedeutende zeitgenössische Literatur. Bei Alfred Kantorowicz, verfasst rückblickend im Mai 1943, lesen wir: darüber:

*„Das Todesurteil gegen den Geist und die Kultur aber war in absentia vollstreckt worden: Beide waren ins Exil gegangen. Sie hatten jenseits der Grenzen ein äußeres Refugium, innerhalb der Grenzen aber ein inneres Refugium im Herzen und im Verstande des besseren Teils der Deutschen gefunden. Die großen Traditionen der deutschen Literatur ... sind übernommen worden von der Literatur der Emigration, die die wahre deutsche Literatur ist.“*

In Leipzig, dem Ort des „Börsenvereins der Deutschen Buchhändler“, fand nach bisheriger Kenntnis am 10. Mai keine derartige Aktion statt. Bereits am 2. Mai 1933 hatte die SA das Leipziger Volkshaus geplündert und

zahlreiche Bücher der Gewerkschaftsbibliothek im Garten des Volkshauses verbrannt. Eine weitere Ursache war offensichtlich die für den 11. Mai geplante „Massenkundgebung der Hunderttausend“ auf dem Augustusplatz, die Adolf Hitler ihre Treue geloben sollte. Das Übrige leistete der Leipziger Börsenverein, der, bereits „gesäubert vom undeutschen Geist“, in dem von ihm herausgegebenen Börsenblatt folgende Mitteilung veröffentlichte:

*„Der Vorstand des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler ist sich mit der Reichsleitung des Kampfbundes für deutsche Kultur und der Zentralstelle für das deutsche Bibliothekswesen darin einig geworden, dass die Schriftsteller Lion Feuchtwanger, Ernst Glaeser, Arthur Holitscher, Alfred Kerr, Egon Erich Kisch, Emil Ludwig, Heinrich Mann, Ernst Ottwalt, Theodor Plivier, Erich Maria Remarque, Kurt Tucholsky (alias Theobald Tiger, Peter Panter, Ignaz Wrobel, Kaspar Hauser), Arnold Zweig für das deutsche Ansehen als schädigend zu erachten sind. Der Vorstand erwartet, dass der Buchhandel die Werke dieser Schriftsteller nicht weiterverbreitet.“*

Dieses Schanddokument aus der Buchstadt Leipzig wandte sich an den Buchhandel in ganz Deutschland.

Die Ereignisse am 10. Mai 1933 und die mörderische Entwicklung danach vermitteln die lehrhafte Erkenntnis: Wer Bücher verbrennt, scheut später nicht davor zurück, auch Menschen zu verbrennen oder zu vergasen. Daran zu erinnern und sich rechtzeitig der Urheber derartigen Geschehens zum Schutz der Demokratie zu erwehren, ist angesichts zunehmender rechter Gewalt eine bleibende Aufgabe aller demokratischen Kräfte, eine geistig-moralische Notwendigkeit und somit eine Staatspflicht.

Zu erwähnen ist jedoch auch, was mitunter vergessen wird, dass am 10. Mai 1933 zugleich die Beschlagnahme des gesamten Vermögens der SPD und des Reichsbanners erfolgte. Am selben Tag gab Adolf Hitler, der sich zum „Schirmherr der Arbeiterschaft und des Bauerntums“ erklärte, die Gründung der faschistischen „Deutschen Arbeitsfront (DAF)“ bekannt, deren 1. Kongreß zeitgleich in Berlin stattfand.

# Das neue Z-Heft: Chaotischer Kapitalismus in Russland!

**Christian Anneck und Alexander Schmidt** Die neue Ausgabe der Zeitschrift für marxistische Erneuerung legt den Themenschwerpunkt des Heftes auf die Entwicklung des post-sowjetischen Kapitalismus in Russland. Dieter Segert zieht dabei den Ansatz der "Varieties of Capitalism" zur Hand, um in historisch-vergleichender Perspektive die Entwicklungspfade des post-sowjetischen Kapitalismus in Russland und der Ukraine zu untersuchen. Seine Aufmerksamkeit gilt dabei zum einen dem "chaotischen" Transformationsprozess des sowjetischen Wirtschaftssystems und den damit verbundenen Folgen für die darin integrierten Gesellschaften (Produktionseinbrüche und sinkenden Lebensstandard auch in Folge des Zusammenbruchs sozialer Absicherungssysteme), zum anderen den Differenzen in Hinblick auf die Herausbildung einer neuen Kapitalistenklasse (Oligarchen) in beiden Ländern, die zugleich Träger jenes ethnischen Nationalismus mit verschiedener Ausprägung sind, der die Menschen in Ost-Europa gegeneinander treibt.

Julien Vercueil wiederum arbeitet detailliert die Eigenschaften des auf Rohstoffrenten basierenden russischen Akkumulationsregimes heraus. Er beschreibt die russische Gesellschaft als staatsmonopolistischen Kapitalismus, in dem die strategisch wichtigen Sektoren der Wirtschaft (Banken, Energie und Rüstung) durch ein enges Netzwerk aus Präsidenten, Regierung und loyalen Eliten in Wirtschaft und Gesellschaft kontrolliert werden. Die Macht Putins und der russischen Oligarchie stützt sich dabei wesentlich auf die starke Konzentration der Produktionsstrukturen und damit der Wertschöpfung in den von Rohstoffrenten abhängigen Wirtschaftssektoren.

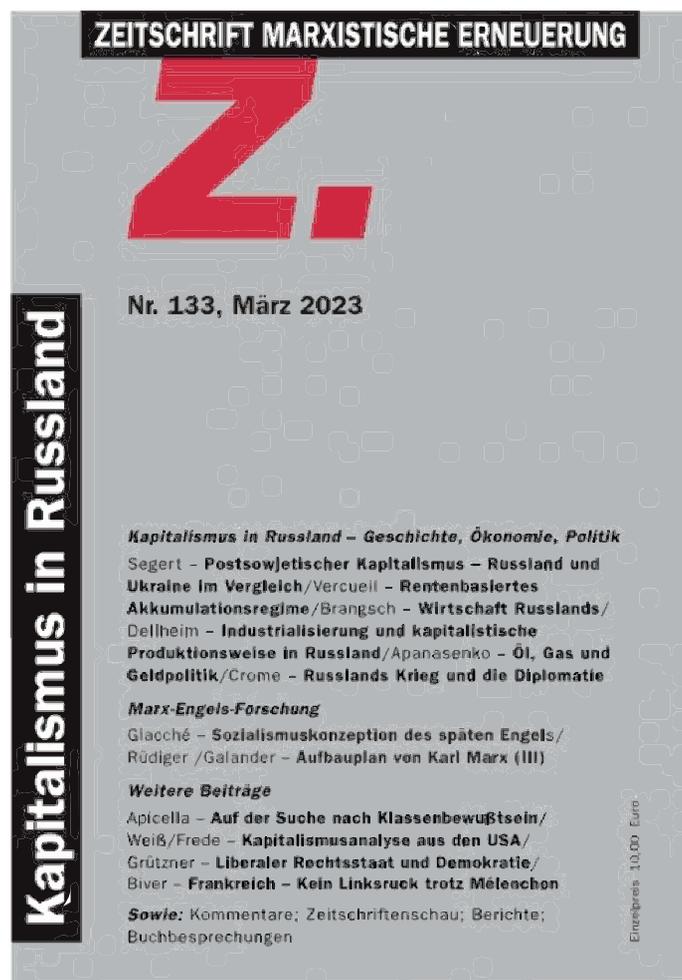
Lutz Brangsch analysiert in seinem Beitrag zum einen die Folgen des Krieges auf das russische Wirtschaftssystem und zum anderen das wirtschaftspolitische Handeln der russischen Regierung. Ihm zufolge ist Russland nach wie vor ein deindustrialisiertes Land, dass sowohl in Bezug auf Konsumgüter als auch in Hinblick auf Hard- und Software in einer starken Importabhängigkeit vom Westen steht. Ausführlich beschreibt er dabei nicht nur die von Vercueil konstatierte "Russian Deseas" sondern auch die Handlungsstrategien der Oligarchie für den Umbau der russischen Gesellschaft in einen staatsmonopolistischen

Despotismus, der sich durch wirtschaftlichen Liberalismus und kulturellen Konservatismus auszeichnet. Judith Dellheim legt den analytischen Fokus auf den Vergleich zwischen dem Industrialisierungsprozess im zaristischen Russland und der Sowjetunion.

Tatjana Apanesenko betrachtet in ihrem Beitrag die Politik des Westens als Versuch Russland als Konkurrenten um Öl und Gas zu verdrängen. Hierbei legt sie die Lenin'sche Imperialismustheorie zugrunde, in der „Jeder imperialistische Krieg [...] Lenin zufolge Ausdruck der Konkurrenz der imperialistischen Staaten um Rohstoffquellen und Märkte [ist].“ Interessant sind ihre Folgerungen der Notwendigkeitsgründe der USA zur Exportsteigerung als Ergebnis des Bretton-Woods Systems. Sie betrachtet den Ukraine-Krieg somit auch als einen Krieg um Gasmärkte. Postulierte „ideologische Wertebasierung“ sieht sie hierbei als Verschleierung von wirtschaftlichen Interessen an. Die russische Geldpolitik analysiert sie abschließend in zwei Szenarien. Das „imperialistische Wesen des Landes“, welches sie als „rückständig und äußerst reaktionär“ bezeichnet, zeigt somit auch wenig Chancen zur Veränderung.

Erhard Crome beschäftigt sich mit den diplomatischen Sphären des Ukrainekrieges. Interessant ist seine eingangs getroffene Feststellung „Je länger der Krieg jedoch andauert, desto mehr nimmt er den Charakter an, den Putin damals behauptet hatte.“ Er bezeichnet den Konflikt als „Krieg des Westens gegen Russland [...], in dem die Ukraine das Kanonenfutter stellt.“ Crome analysiert die Relationen von Krieg und Diplomatie und widmet sich sog. „Perzeptionsproblemen“. Der Autor betont abschließend die Notwendigkeit eigener deutscher Außenpolitik mit eigenen Zielvorstellungen: „Die politische Rolle Deutschlands darf jetzt nicht die eines Juniorpartners der Biden-Politik sein, sondern sollte auf Diplomatie, eigene politische Initiativen für einen Waffenstillstand und eine Beendigung des Krieges orientieren.“

Neben dem Themenschwerpunkt finden sich auch in diesem Heft weitere interessant Beiträge. Sabrina Apicella behandelt beispielsweise den Topos des Klassenbewusstseins mit einer spannenden Eingangsfrage: „Wie kommen Menschen in Kämpfen zusammen, entgegen ihren Differenzen und der Hürden, die sich sowohl von außen als auch innerhalb dieser Bewegungen stellen?“ Sie skizziert zwei Positionen der aktuellen Klassenbewusstseinsanalyse (Objektivismus und Positivismus), stellt aber einen Mangel fest. Denn: „Von links bedarf es also einmal der Bestimmung von Theorie und einer klaren Besetzung des Klassenbewusstseins mit linken Prinzipien als ihre Grundlage.“ Ihre eigene Forschung zu den Streikmotiven und des Klassenbewusstseins bei Amazon bildet hierbei einen sehr lesenswerten und empfehlenswerten Beitrag. Nico Biver setzt sich mit den vergangenen Wahlen in Frankreich und ihre Bedeutung für die gesellschaftliche Linke auseinander. In der Rubrik Marx-Engels-Forschung findet sich in der neuen Ausgabe ein interessanter Aufsatz zur Konzeption des Sozialismus bei Friedrich Engels von Vladimiro Giacché. Des Weiteren sind auch wieder eine Reihe spannender Berichte, Buchbesprechungen und Kommentare versammelt und wie immer kann daher die Lektüre des aktuellen Heftes durch die Autoren wärmstens empfohlen werden.



# „Mach mit, mach's nach, mach's besser“

**Christian Anneck** Zur politischen Bildung im Stadtverband DIE LINKE. Leipzig

Wir sind so stark, wie wir einig und so schwach, wie wir gespalten sind. Dieser Satz ist die Grundvoraussetzung politischer Arbeit und Lehre der Geschichte der Arbeiter-/innenbewegung. Die Beantwortung der Frage, welche politische Bildungsarbeit unsere Partei benötigt, damit diskursive Einheit und Klarheit hergestellt werden kann, ist jedoch schwieriger zu beantworten. Die Stärke und zugleich Schwäche unserer Partei ist ihre Pluralität. DIE LINKE vereinigt sozial orientierte, kapitalismuskritische, antifaschistische und friedensbewegte Kräfte. Das gemeinsame Handeln ist auf Basis dieser Fundamente möglich und war ein Schlüssel des gemeinsamen Erfolgs.

Die Basis unserer gemeinsamen Überzeugungen droht allerdings zu zerbröseln, aus dem Schlüssel des Erfolgs wurde das Damoklesschwert des Niedergangs und es zeigt sich, dass jedes Argument für die Stärke unserer Partei auch gleichzeitig ein Argument für ihre Schwäche ist. Und nichts erträgt die moderne LINKE schwerer als das Bewusstsein ihrer eigenen Ohnmacht.

Unsere Partei hat nicht nur mit den großen gesellschaftlichen Herausforderungen zu kämpfen, sondern ist auch innerhalb ihrer Strukturen instabil. Konfliktlinien zeigen sich in der Kommunikation, in der Strategieentwicklung, in der Vorstandsarbeit und in der Aktionsorientierung auf der Straße. Während viele Genossen und Genossinnen langjährige und verdienstvolle Arbeit leisten und somit Erfahrungen des politischen Handwerks zur Genüge beherrschen, müssen sich viele neue Mitglieder die notwendigen Kenntnisse erst erarbeiten. Zudem: Das, was über lange Jahre gut und routiniert funktionierte, wird von neuen Mitgliedern oftmals infrage gestellt. Differente Erwartungen, unterschiedliche Themenschwerpunkte und milieu- und generationspezifische Konflikte können mit bestehenden Parteirealitäten kollidieren. Dies erschwert die Entwicklung einer gemeinsamen Identität und somit auch die Entwicklung einer Einheit zum gemeinsamen Handeln. Der Umgang mit der Vielfalt unserer Partei erfordert somit Bewusstsein, Sensibilität und Solidarität. Ziel muss es sein, den stimmlosen Stimme und den Orientierungslosen Kompass zu sein.

Die politische Bildung kann hierzu einen Teil beitragen oder zumindest Diskursräume schaffen. Zunächst jedoch für was? Die Antwort gibt Rosa Luxemburg: Nämlich „Selbstkritik, rücksichtslose, grausame, bis auf den Grund der Dinge gehende Selbstkritik ist Lebensluft und Lebenslicht der proletarischen Bewegung.“ (Rosa Luxemburg: Die Krise der Sozialdemokratie, 1916, S. 4)

Diskursräume der produktiven Selbstkritik jenseits von Orga-Plena, Parteitag und formellen Sitzungen. Sie kann Mitglieder in einem geschützten Raum zu einem gemeinsamen Diskussionsprozess zusammenbringen. Die Diskussion über Inhalte, Interessen und Sichtweisen kann ein aufeinander beziehen, sich hinterfragen lassen und Herleitung von Kritik ermöglichen, welche Schritte zur Verbesserung der innerparteilichen Kultur des Umgangs darstellen können.

Die politische Bildung kann jenseits von inhaltlicher Wissensvermittlung insbesondere Querschnittsziele in der Funktionsbildung wahrnehmen, damit gemeinsames politisches und persönliches Handwerkszeug erlernt werden kann. Satzungsfragen sind nicht immer spannend und ein Workshop zur Projekt- und Veranstaltungsplanung begeistert auch nicht die revolutionären Massen. Jedoch sind Schulungen in diesen Fragen notwendig, um Wissenshierarchien ab- und Ermächtigung aufzubauen. Letztendlich sind Satzungen, Geschäftsordnungen, Projekt- und Veranstaltungsorganisation, Rhetorik und Öffentlichkeitsarbeit nur Instrumente, damit gemeinsame Aktion möglich wird.

Politische Arbeit muss in die Gesellschaft intervenieren, kritisieren und bewegen, damit sie nicht zur reinen Selbstvergewisserung verkommt. Allerdings ist selbst gut gemeinter, reiner Aktivismus ohne vorherige Kritik und Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse wirkungs- und ziellos, d.h. Theorie ohne Praxis ist wirkungslos und Praxis ohne Theorie ist blind. Es bedarf ein gemeinsames Herausfinden, wem es eigentlich nützt, dass die Welt so ist, wie sie ist und wem sie schadet. Viele Linke fragen sich "Was soll man tun?". Aber der entscheidende erste Schritt ist das Wissen und Denken. Bibliotheken und Räume der politischen Bildung sind die Werkzeugkammern für eine andere Welt. Wenn man gemeinsam verstanden hat, woher diese Ungleichheit kommt, warum Armut und Reichtum existieren, was Nationalstaaten sind, wie der Kapitalismus funktioniert, beantwortet sich die Frage viel besser und klarer.

Die innerparteiliche Bildungsarbeit soll somit Methoden, Werkzeuge und inhaltliche Angebote bereitstellen, um die Mitglieder für die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen im Klassenkampf vorzubereiten. Sie kann schulische und universitäre (Selbst-) Bildung nicht ersetzen, jedoch aktuelle Erkenntnisse aus Soziologie, Politikwissenschaft und Wirtschaftswissenschaft etc. einfließen lassen und zum notwendigen Selbststudium anregen. Die marx'sche Prämisse nicht nur dogmatisch die Welt zu antizipieren, sondern aus der Kritik der

Alten die Neue zu finden, sollte hierbei der Leitfaden sein.

Dies braucht selbstverständlich Zeit. Die Erfolge politischer Bildungsarbeit zeigen sich erst mittel- und langfristig. Gerade wegen der gesellschaftlichen Schnelllebigkeit ist politische Bildung somit auf Grundlagenbildung verwiesen. Hierzu gehören sowohl sozialistische Klassiker, als auch neue sozialistische Autor/-innen. Diese dürfen jedoch nicht in einem elegischen Vortrag in den Kopf geschüttet werden, in der Erwartung, dass am Tag darauf der revolutionäre neue Mensch produziert wurde.

Die Vermittlung von Fähigkeiten, Verhaltensweisen und Wissen geschieht langfristig und dauerhaft. Lernen, Diskutieren, Reflektieren und Anwenden ist keine einmalige Top-Down-Geschichte. Mittels didaktischer Methoden kann Grundlagenarbeit geleistet werden, welche handlungsorientiert und nicht von organisationspolitischen und gesellschaftlichen Notwendigkeiten entkoppelt ist.

Die Rahmenbedingungen sind hierbei elementar, um ein Gelingen zu ermöglichen. Teilnehmendenmaterial, Essensversorgung, räumlicher Zugang und passende Zeiträume sollten gewährleistet sein, damit eine bedürfnisorientierte Bildung stattfinden kann. Hierbei kann oftmals nicht alles in ausreichendem Maße berücksichtigt werden, sei es weil Veranstaltungszeiträume nicht immer passen oder weil kreativitätsfördernde Lernräume nicht immer zur Verfügung stehen.

## Bedarfsabfrage Politische Bildung

Dies sind die Vorüberlegungen, welche der Bedarfsabfrage zur politischen Bildung in unserem Stadtverband zu Grunde liegen. Im Januar führte der Stadtvorstand diese Umfrage durch und über 200 Genossen und Genossinnen nahmen hieran teil. Die Ergebnisse zeigen:

1. Das Interesse an politischer Bildung ist groß. Dies zeigt nicht nur die gute Beteiligung, sondern auch die vielfachen Kommentare in den freien Textfeldern der Umfrage mit dutzenden Hinweisen und Wünschen. Vielen lieben Dank hierfür! Wichtig zu betonen ist: Auch wenn Themen in der Mehrfachauswahl weniger nachgefragt werden, heißt dies nicht, dass diese weniger bedeutend sind. Bestenfalls schafft es die politische Bildung themenübergreifende Ansätze zu verwirklichen und Korrelationen herzustellen. Hauptthemen können jedoch als Bildungsangebote erarbeitet werden und andere Themenakzente können ebenfalls einfließen.

2. Inhaltlich thematisch sind folgende vier Themen am meisten gewünscht: Strategiediskussion der LINKEN (51%), Wirtschafts-/Finanzpolitik (50%), Ökologie-/Klimapolitik (45%) und Kommunalpolitik (43%). Weitere Themen waren: Antimilitarismus/Friedenspolitik (36%), Internationales (30%), Klassiker der sozialistischen Theorie (29%), Geschichte (28%), Einführung in den Marxismus (27%), Feminismus (22%) und Intersektionalität (14%).
3. Bei der Abfrage zum politischen Handwerkszeug wurden sich folgende drei Themen gewünscht: Kommunikationstraining (64%), Innerparteiliche Demokratie (46%) und Politik am Arbeitsplatz (33%). Weitere Themen waren: Wahlkampftraining (32%), Kreative Sitzungen (29%), Öffentlichkeitsarbeit (27%) und ABC der Vorstandsarbeit (23%).
4. Die Abfrage zum persönlichen Handwerkszeug hat folgende Themen ergeben: Persönliches Kommunikationstraining (61%), Mediationsfähigkeiten (55%) und Wohlbefinden (38%).
5. Folgende Formate sind am meisten nachgefragt: Workshops (71%), Vorträge (64%) und Seminare (63%). Weitere Formate waren Exkursionen (41%), Webinare (37%), kreative und niederschwellige Formate (35%), Lesungen (30%) und Lesekreise (23%).
6. Die Veranstaltungen sollen laut Umfrage in der Woche abends stattfinden (77%) und max. 2 Stunden (70%) dauern.

Selbstverständlich werden die kommenden Veranstaltungen ebenfalls evaluiert und eine weitere Bedarfsabfrage für das kommende Jahr ist geplant.

#### Der Rote Freitag

Jenseits unserer bestehenden Angebote unserer Partei möchte der Stadtvorstand mindestens einmal im Monat eine allgemeine Mitgliederschulung zu verschiedenen Themen anbieten.

Diese werden unter dem Titel „Roter Freitag“ mit einer max. Dauer von 2-3 Stunden stattfinden. Grundlage hierfür sind die Bedarfsabfrage und organisationspezifische Rahmenbedingungen, d. h. gibt es hierfür Referent/-innen, genügend Anmeldungen etc. Der Freitag eignet sich hierbei besonders gut, da er sowohl in der Woche ist, meist keine Gremien- und AG-Sitzungen stattfinden und ein längerer Bildungsabend dennoch möglich ist, da das Wochenende für viele (aber leider nicht für alle) keinen Verkauf der eigenen Arbeitskraft bedeutet.

Für die Entwicklung der Inhalte ist Eure Mitarbeit und Euer Engagement gefragt. Egal ob Du dich für politische Bildung interessierst, absoluter Neuling in der Bildungsarbeit oder erfahrene/r Seminarleiter/-in bist, oder ob Du eine Veranstaltungsreihe planst:

📌 Falls Du eine eigene Veranstaltung für die Roten Freitage oder Du zu einem Thema referieren möchtest. Einfach eine kurze Mail an: [christian.annecke@dielinke-leipzig.de](mailto:christian.annecke@dielinke-leipzig.de)

In den nächsten Wochen wird zudem auf unserer Website [www.die-linke-in-leipzig.de](http://www.die-linke-in-leipzig.de) ein eigener Reiter zur politischen Bildung entstehen. Hier sollen die Roten Freitage mit Veranstaltungstitel, Inhalt und Zeitraum festgehalten werden. Durch Kombination mit unserer Nextcloud und einem digitalen Whiteboardtool wird zudem ein Wissensspeicher aufgebaut (selbstverständlich wird es aber auch analoge Möglichkeiten geben).

Die Fragen unserer Partei sind, trotz Ohnmacht und Uneinigkeit, klar: Mit welchen inhaltlichen Vorschlägen greifen wir die Konflikte unserer Zeit auf? Wie positionieren wir unsere Partei als Stimme für den Sozialismus? Wie entsteht Armut und Krieg und was können wir dagegen tun? Was sind unsere Konzepte, um den Klimawandel zu bekämpfen und andere Arbeits- und Lebensbedingungen für alle zu schaffen? Und wie setzen wir diese großen Vorhaben bei uns in Leipzig um? Wie können wir unsere Mitglieder stärken und in unserem Stadtverband Aktionen planen, die konkret zu Verbesserungen im Leben der arbeitenden Klasse führen?

Abschließend bleibt im Sinne Antonio Gramscis zu sagen: „Bewegt euch, denn wir brauchen eure ganze Begeisterung. Organisiert euch, denn wir brauchen eure ganze Kraft.“

📌 Der Rote Freitag startet 2023. Nimm teil an tollen Vorträgen und Workshops zu allem, was das sozialistische Herz begehrt - Eine Übersicht gibt's hier: <https://gleft.de/5av>

## Offener Brief zur Wahlrechtsreform

Johannes Heinrichs Februar 2023

Sehr geehrte Frau Bundestagspräsidentin,

für Ihren Antwortbrief möchte ich mich nachträglich herzlich bedanken. Zu einem persönlichen Gedankenaustausch in unserem gemeinsamen Duisburg ist es seitdem noch nicht gekommen, verständlicherweise im Hinblick auf Ihren Terminkalender und weil ich leider kein Mitglied Ihrer Partei noch sonst einer der bestehenden Parteien bin - weil ich seit langem Vertreter eines Konzepts von Sachparteien im Rahmen eines gestuften Parlamentarismus bin, worauf ich gleich zurückkommen werde.

Da nun aber die Debatte über die Wahlrechtsreform für den Bundestag in eine akute Phase getreten ist, möchte ich mich - im Sinne eines Offenen Briefes an Sie, noch einmal kurz zu Wort melden. Ich bin sehr erfreut, dass die Tendenz tatsächlich dahin geht, dass die bisherige Zweitstimme zur "Hauptstimme" wird, dass also das Verhältniswahlrecht konsequenter durchgeführt wird.

Was nun das zentrale Problem angeht, dass es in den einzelnen Wahlkreisen Wahlsieger

geben könnte, deren Einzug in den Bundestag jedoch nach der Verhältniswahl gemäß Hauptstimme nicht gewährleistet wäre, möchte ich auf ein wesentliches Element einer künftigen Wertstufendemokratie hinweisen, die durch Sachparteien gekennzeichnet sein dürfte: Auf die bereichsspezifische Wahl von Abgeordneten. Diesem Problem kann dadurch Rechnung getragen werden, dass die Parteien in jedem Wahlkreis jeweils vier Kandidaten aufstellen, gemäß den Ebenen des sozialen Systems: Eine/n Kandidaten/Kandidatin für Wirtschaft, eine/n für Politik im engeren Sinne, eine/n für Kulturfragen sowie eine/n für (weltanschauliche, moralische, religiöse oder spirituelle) Grundwertefragen. Diese Aufgliederung in Sachbereiche würde nicht allein zu einer ohnehin höchst wünschenswerten, ja dringend notwendigen Versachlichung der Politik im Ganzen führen, sondern auch zu einer Streuung der sachgeleiteten Wahlergebnisse zwischen den Parteien, wodurch die von der derzeitigen Opposition geltend gemachte Situation, dass ein Wahlkreissieger durch die Verhältniswahl nicht zum Zuge käme, sehr unwahr-

scheinlich würde. Denn es gäbe nicht mehr den Einen Wahlkreissieger eines Wahlkreises. Es fände eine sachgeleitete (und digital unterstützte) Verteilung statt. Dies wäre der Beginn einer gleitenden Entwicklung hin zu bereichsspezifischen Sachparteien, umso besser für die Zukunft der Demokratie, doch fürs Erste zunächst eine konstruktive Auflösung des Dilemmas zwischen Verhältniswahl und Personenwahl.

Ich bitte Sie sehr herzlich, diesen Vorschlag wohlwollend zu prüfen bzw. durch vorurteilsfreie Experten prüfen zu lassen. Selbstverständlich stehe ich für Rede und Antwort zur Verfügung.

Ich wünsche Ihnen eine glückliche Hand für diese so dringend notwendige Erneuerung unseres Wahlsystems nach der „Zeitenwende“. Unser Land könnte dadurch zum Vorbild für viele Demokratien werden, deren Weiter-so heute zunehmend in Frage gestellt wird.

Mit vorzüglicher Hochachtung und herzlichen Grüßen aus Duisburg  
Ihr Johannes Heinrichs  
Prof. f. Philosophie u. Sozialökologie a.D.

## Von Links gelesen

Veranstaltungen zur Buchmesse 2023  
Im Rahmen der Leipziger Buchmesse 2023 finden wieder eine Reihe von Lesungen unter dem Slogan Leipzig liest statt. Hier sind alle Veranstaltungen, die aus unserem Umfeld organisiert werden, kurz dokumentiert. Die vollständigen Veranstaltungsankündigungen gibt es unter [www.dielinke-leipzig.de](http://www.dielinke-leipzig.de):

### Gruppe Mora: Piss on Patriarchy

Eine Auseinandersetzung mit der sexualisierten Gewalt auf dem Festival Monis Rache  
Mi., 26.04.2023, 20:00 Uhr,  
interim, Demmeringstraße 32

### Ändern wir die Welt, sie braucht es!

Eine marxistisch-feministische Ansage mit dem Kollektiv MF3000  
Do., 27.04.2023, 18:00 Uhr,  
interim, Demmeringstraße 32

### Von einem der im Zuchthaus Mathematik studierte

Mit dem Autor Michael Lauter  
Do., 27.04.2023, 19:00 Uhr,  
Lixer, Pörstenerstr. 9

### Backlash - Die neue Gewalt gegen Frauen - Wie die Gleichberechtigung neue Gewalt gegen Frauen erzeugt

Mit der Autorin Susanne Kaiser  
Do., 27.04.2023, 19:00 Uhr,  
linXXnet, Brandstraße 15

### Geld ist eine Frage der Haltung, nicht der Haltung.

Mit der Autorin Marlene Engelhorn  
Do., 27.04.2023, 20:00 Uhr,  
interim, Demmeringstraße 32

### Zugang verwehrt

Buchvorstellung und Gespräch über Klassismus(kritik) mit Francis Seeck  
Fr., 28.04.2023, 18:00 Uhr,  
interim, Demmeringstraße 32

### Aus die Maus: Der Blick von unten auf die da oben

Mit der Autorin Žaklin Nastić (MdB)  
Fr., 28. April 2023, 18.00 Uhr,  
Liebknecht-Haus, Braustraße 15

### Corona-Protteste von rechts - Vom Querdenken zur Querfront?

Mit dem Autor Lucius Teidelbaum  
Fr., 28.04.2023, 19:00 Uhr,  
Lixer, Pörstenerstr. 9

### Im Morgen wächst ein Birnbaum - Über Männlichkeit jenseits der Klischees und das Aufwachsen als türkischer Mann in Deutschland

Mit dem Autor Fikri Anıl Altıntaş  
Fr., 28.04.2023, 20:00 Uhr,  
interim, Demmeringstraße 32



### Deutsch-jüdisches Familienbild: Meine Kindheitsmuster und Prägungen

Mit der Autorin Ellen Brombacher  
Sa., 29.04.2023, 11:00 Uhr,  
Liebknecht-Haus, Braustraße 15

### Lindenau - Erlebnisse in Kinder und Jugendjahren

Mit dem Autor: Lothar Kurth,  
Buchvorstellung mit Kaffee und Kuchen  
Sa., 29.04.2023, 15:00 Uhr,  
Lixer, Pörstenerstr. 9

### Frauenrevolution im Iran

Panel mit Negin Behkam & Setayesh Hadizadeh, Shoan Vaisi, Maryam Aras  
Sa., 29.04.2023, 16:00 Uhr,  
interim, Demmeringstraße 32

### Phantombilder. Die Polizei und der verdächtige

Mit der Autorin Georgiana Banita  
Sa., 29.04.2023, 16:00 Uhr,  
linXXnet, Brandstraße 15

### Jedem Zauber wohnt ein radikaler Anfang inne Warum uns ein bisschen Genderwahn guttut

Mit der Autorin Stevie Meriel Schmiedel  
Sa., 29.04.2023, 18:00 Uhr,  
interim, Demmeringstraße 32

### Zum Zustand der Linken in Österreich

Mit Walter Famler, Melina Klaus, Peter Porsch und Barbara Steiner zum linken Spielraum in Österreich und moderiert von Horst Junginger  
Sa., 29.04.2023, 19:00 Uhr,  
interim, Demmeringstraße 32

### Wiglaf Droste: „Vollbad im Gesinnungsschaum“.

Gelesen von Klaus Bittermann, Ulf Braumann, Volker Külöw, Bert Sander und Ralph Schüller.  
Sa., 29.04.2023, 19.00 Uhr,  
Felsenkeller, Naumans Tanzlokal

### Gute Seiten, schlechte Zeiten. 20 Jahre MALMOE in Wien.

Eine szenische Lesung mit Wein & Kaspressknödel  
Sa., 29.04.2023, 20:30 Uhr, interim,  
Demmeringstraße 32

### Rückkehr zur Herkunft

Christoph Geiser liest in „Rosas Salon“ im Felsenkeller  
So., 30.04.2023, 11:00 Uhr, „Rosas Salon“  
im Felsenkeller, Karl-Heine-Straße 32

### Zur Zukunft der Printzeitung. Ist sie denn schon tot? Oder gibt es ein Happy End?

Ein Presseclub mit dem nd  
So., 30.04.2023, 16:00 Uhr,  
interim, Demmeringstraße 32

### Antonio Gramsci – Kulturelle Hegemonie & Stadtteilarbeit

Mit Uwe Hirschfeld, Vortrag und Diskussion; danach KüfA  
So., 30.04.2023, 17:00 Uhr,  
Lixer, Pörstenerstr. 9

### Wie Vergesellschaftung gelingt

Mit dem Autor Rouzbeh Taheri (Geschäftsführender Vorstand neues deutschland und Mitinitiator der Initiative Deutsche Wohnen & Co enteignen)  
So., 30.04.2023, 18:00 Uhr,  
interim, Demmeringstraße 32

### Diversität der Ausbeutung. Zur Kritik des herrschenden Antirassismus'

Buchvorstellung und Diskussion mit der Autorin Bafta Sarbo  
So., 30.04.2023, 19.00 Uhr,  
Pögehaus, Hedwigstraße 20

### Poetry slam show

Mit Lila Sovia, Linux Wedemeyer, Boris Flekler moderiert und kuratiert von Josephine von Blueten Staub (Topic Slam)  
So., 30.04.2023, 20:00 Uhr,  
interim, Demmeringstraße 32

*Veranstaltet und unterstützt von: linXXnet, edition assemblage, Rosa Luxemburg Stiftung Sachsen, querverlag, Lixer, Antifa-Tresen, Verlag Osiris Druck, KLETT-Cotta J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger, Tropen Verlag, Verlag Kremayr & Scheriau, neues deutschland, Verlage gegen Rechts, Unrast-Verlag, ChronikLE, btb Verlag / Penguin Random House Verlagsgruppe, Kösel-Verlag, Josephine von Blueten Staub, DIE LINKE. Leipzig, Rosas Salon, Rotfuchs Regionalgruppe Leipzig, Marxistisches Forum Leipzig, DIE LINKE. Leipzig-AG Senioren*



3 Bilder aus dem März:

*Bild links oben:* Unter dem Motto "Misch dich ein" fanden von 20. März bis zum 2. April die 20. Internationale Wochen gegen Rassismus statt. Dabei setzte auch unsere Stadtratsfraktion Zeichen gegen Rassismus und Diskriminierung.

*Bild rechts oben:* Zur Diskussion über die künftige Nutzung des Geländes am Cottaweg luden wir in den Felsenkeller zum Forum ein. Da dort verschiedene Interessen aufeinandertreffen, war es uns wichtig, diese zum Gespräch zusammen zu bringen. Parkplätze während der Spiele von RB Leipzig, Grünflächen oder weiterhin das Zuhause der Kleinmesse – oder vielleicht auch alles zusammen mit einem Nutzungskonzept, das alle Interessen einbezieht? Es war und wird spannend.

*Bild rechts unten:* Am 5. April führte der Erich-Zeigner-Haus e. V. anlässlich des 74. Todestages seines Namensgebers eine kleine Gedenkveranstaltung mit Kranzniederlegung am Grab Erich Zeigners auf dem Leipziger Südfriedhof durch. Diesmal galt das Erinnern auch dem 100. Jubiläum seiner Ministerpräsidentenschaft in Sachsen, die im März 1923 begann und durch die Reichsexekution bereits im Oktober des gleichen Jahres gewaltsam endete. Mit dabei waren auch die Vorsitzende des Stadtbezirksverbandes Südost Margitta Hollick und Stadtrat Dr. Volker Külöw.



Fotos: privat

**kurz & knackig**

**Redaktion** Kurze Notizen aus der Partei

■ **Leipzig konkret:** Im Vorfeld des internationalen ArbeiterInnenkampf- und Feiertages gibt es eine neue Ausgabe unserer Massenverteilung Leipzig konkret. 50.000 Stück sind im Liebknecht-Haus zur Abholung bereit.

■ **Roter Freitag:** Jenseits der bestehenden Angebote unserer Partei möchte der Stadtvorstand mindestens einmal im Monat eine allgemeine Mitgliederschulung zu verschiedenen Themen anbieten. Diese werden unter dem Titel „Roter Freitag“ mit einer max. Dauer von 2-3 Stunden stattfinden. In den nächsten Wochen wird zudem auf unserer Website [www.die-linke-in-leipzig.de](http://www.die-linke-in-leipzig.de) ein eigener Reiter zur politischen Bildung entstehen. Der erste Workshop findet am 12. Mai von 18-21 Uhr statt. Thema: „Alles ist teurer geworden!“ Inflation: Viele verlieren, wer gewinnt? Warum steigen die Preise und was sind linke Antworten?“ Anmeldungen an: [christian.annecke@dielinke-leipzig.de](mailto:christian.annecke@dielinke-leipzig.de)

## Wen schützen Menschenrechte (nicht)?

**R. Electra Ehrenberg** Fortsetzung des Seminars zur kritischen Betrachtung der Menschenrechte

Menschenrechte sind in aller Munde. Sie werden auch genutzt, um milliarden-schwere Aufrüstungsprogramme und kriegerische Interventionen zu rechtfertigen.

Die Gefahr, dass Menschenrechte für kapitalistische Machtinteressen instrumentalisiert werden, ist gravierend. Woher rührt dieses brandgefährliche Potential? Und wen schützen Menschenrechte dann (nicht)?

Diesen Fragen hat sich der gemeinnützige Verein GÄNG e.V. kürzlich in einer Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V. gewidmet. Veranstaltet wurde ein dreistündiges, interdisziplinäres Seminar. Dabei wurde nicht nur Kritik am theoretischen Konzept der Menschenrechte, ihrer Geschichte und

gegenwärtigen Praxis geübt: Die Analysen waren lösungsorientiert, gemeinsam wurde nach Handlungsoptionen gesucht.

Nach dem positiven Feedback der Teilnehmenden wird das Seminar auf jeden Fall fortgesetzt.

Für die Aufnahme in unseren Verteiler genügt eine kurze Nachricht an: [gaeng.info@gmail.com](mailto:gaeng.info@gmail.com)

Weitere Informationen auf Instagram: [gaeng.e.v](https://www.instagram.com/gaeng.e.v) oder unter <https://www.gaenginfo.wixsite.com/verein>

© GÄNG e.V. | Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. | Rosa-Luxemburg-Stiftung: Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e.V.

**Feministische Außenpolitik:  
Instrumentalisierung des Feminismus  
für westliche Machtinteressen?****Wann:** Mo., 24. April 2023, 18:30 Uhr  
**Wo:** linXXnet, Brandstraße 15

Anfang März stellte Annalena Baerbock die Leitlinien feministischer Außenpolitik vor – und hat dabei nur wenig richtig gemacht, meint Sabine Skubsch. Was ist eigentlich feministische Außenpolitik? Woher kommt dieser Ansatz, und was könnte er bewirken? Wie können wir die Leitlinien der Außenministerin einordnen, und welche Stellungnahme geben wir als Linke dazu ab? Darüber sprechen wir mit **Sabine Skubsch**. Sie arbeitet bei einem sozialen Träger im Bildungsbereich; sie ist Betriebsrätin und engagierte Gewerkschafterin; sie hat zur kurdischen Migration in Deutschland promoviert und ist in verschiedenen feministischen Zusammenhängen in und außerhalb der LINKEN organisiert. Bis 2022 war sie im Parteivorstand der LINKEN.

**Für eine feministische  
Organisationskultur:  
Erfahrungen aus Schweden****Wann:** Do., 27. April 2023, 18:00 Uhr  
**Wo:** Erich-Zeigner-Haus,  
Zschochersche Straße 21

Wie können politische Organisationen Formen schaffen, die Frauen und anderen

benachteiligten Gruppen eine tatsächlich gleichberechtigte, diskriminierungsfreie Teilhabe ermöglichen, und auf diese Weise selbst demokratischer werden. Der strukturelle Sexismus braucht Antworten auf der strukturellen Ebene. Wie kann das gehen? Darüber sprechen wir mit Caroline Gustafsson, Vorsitzende der Frauenorganisation der Vänsterpartiet. Mit Konsektivübersetzung Englisch-Deutsch.

**Geschichte vor Ort und für morgen  
erinnern: Diskussion zum neuen  
Konzept Leipziger Erinnerungskultur****Wann:** Mo., 8. Mai 2023, 18:00 Uhr  
**Wo:** Erich-Zeigner-Haus,  
Zschochersche Straße 21

Leipzig ist eine Stadt, die in besonderer Weise von und mit ihrer über 1.000jährigen Geschichte lebt und daraus immer wieder Gestaltungsimpulse für die Gegenwart und Zukunft ableitet. Dabei steht die Stadtgesellschaft auch stets neu vor der Frage, welchen Perspektiven, Interessen und Themen sie sich in besonderer Weise widmet. Um über einen angemessenen Rahmen für eine ausgewogene städtische Erinnerungspolitik zu verfügen, wurde in den letzten Jahren ein neues Konzept der Leipziger Erinnerungskultur erarbeitet, deren Eckpunkte skizziert und in den Mittelpunkt der Debatte gestellt werden sollen.

Mit **Dr. Skadi Jennicke**, Kulturbürgermeisterin (DIE LINKE) weitere Gäste:

**Heinz-Joachim Halbach**, stellv. Vorsitzender Paul-Benndorf-Gesellschaft e.V. zu Leipzig  
**Henry Lewkowitz**, Geschäftsführer Erich-Zeigner-Haus-Verein e.V.  
**Klaudia Naceur**, Vorsitzende VVN-BdA Leipzig e.V.  
**Dr. Nora Pester**, Verlag Hentrich & Hentrich

Moderation: **Dr. Volker Külöw**, Stadtrat DIE LINKE

**Roter Freitag: „Alles ist teurer  
geworden!“ Inflation: Viele verlieren,  
wer gewinnt? Warum steigen die Preise  
und was sind linke Antworten?****Wann:** Fr., 12. Mai 2023, 18:00 Uhr  
**Wo:** Liebkecht-Haus, Braustraße 15

Viele Menschen spüren, dass sie im Geldbeutel immer weniger haben, die Preise im Supermarkt massiv gestiegen sind und die Maßnahmen der Zentralbanken dazu führen, dass die Zinsen steigen und Menschen ihre Kredite immer schlechter zurückzahlen können. Kurz: Die Inflation ist da! Oder war sie eigentlich nie weg? In diesem Workshop wollen wir uns näher mit diesem Schreckgespenst befassen.

① Für die Anmeldung schreibe eine kurze Mail an:  
[christian.annecke@dielinke-leipzig.de](mailto:christian.annecke@dielinke-leipzig.de)

## Du verdienst mehr! Heraus zum 1. Mai 2023

Auch dieses Jahr werden wir am 1. Mai zum Internationalen Kampf- und Feiertag der ArbeiterInnenklasse mit den Beschäftigten auf der Straße sein. Gemeinsam mit ihnen und den Gewerkschaften demonstrieren wir für bessere Arbeitsbedingungen, gute Löhne und mehr Mitbestimmung. Obwohl das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland beständig steigt und Unternehmen satte Gewinne einfahren, ist die Reallohnentwicklung in den letzten Jahren rückläufig (2022: -3,1 Prozent).

**Darum fordert DIE LINKE:**

- Inflationsausgleich geht vor Dividenden-Ausschüttung!
- Bessere Bezahlung, mehr Personal und bessere Arbeitsbedingungen!
- Aufwertung der Sorgearbeit! Solidarität mit den ErzieherInnen, SozialarbeiterInnen und Pflegekräften!
- Schluss mit Befristungen, Leiharbeit und Werkverträgen! Auch bei Lieferdiensten, amazon und Co. muss es gute Arbeitsbedingungen und Mitbestimmung geben!

- Alle Minijobs müssen in sozialversicherte Beschäftigung überführt werden!
- Rettungsschirm für Industriearbeitsplätze! Mit Arbeitsplatzgarantien, Tarifverträgen und Investitionsplänen.
- Job- und Einkommensgarantien für die Beschäftigten! Bezahlte Weiterbildungsmöglichkeiten in Branchen mit Bedarf!
- Vetorecht der Belegschaften bei Umstrukturierungen, Verlagerungen und Entlassungen! Mitbestimmung auch bei wirtschaftlichen Fragen!
- Alle Beschäftigten müssen wieder unter Tarifverträge fallen.
- Die Löhne müssen steigen: Keine Tarifabschlüsse unterhalb der Inflationsrate!

Kommt am 1. Mai zum Internationalen Kampf- und Feiertag der ArbeiterInnenklasse in Leipzig auf die Straße und demonstriert mit uns gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg. Für eine solidarische und friedliche Gesellschaft. Bringt eure FreundInnen, Familie und KollegInnen mit, um gemeinsam ein lautstarkes Zeichen für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen zu setzen.

**Der 1. Mai 2023 in Leipzig:**

- Fahrraddemonstration, 10:00 Uhr Clara-Park, Anton-Bruckner-Allee
- Demonstration, 11:00 Uhr Volkshaus, Karl-Liebkecht-Straße 32
- DGB-Kundgebung, 12:00 Uhr Markt, Innenstadt
- DIE LINKE Hoffest, 15:00 Uhr Liebkecht-Haus, Braustraße 15

## Impressum

**Herausgeberin:**  
Stadtvorstand DIE LINKE, Leipzig  
Braustraße 15, 04107 Leipzig  
Fon: 0341 - 14 06 44 11  
Fax: 0341 - 14 06 44 18  
Web: [www.dielinke-leipzig.de](http://www.dielinke-leipzig.de)  
Mail: [vorstand@die-linke-in-leipzig.de](mailto:vorstand@die-linke-in-leipzig.de)  
Spendenkonto: Sparkasse Leipzig  
IBAN: DE11 8605 5592 1175 5039 20  
Druck: wir-machen-druck, klimaneutral

**Redaktion:** Kay Kamieth (v.i.s.d.P.), Steffi Deutschmann, Sören Pellmann, Adam Bednarsky  
**Gestaltung:** Johannes Schmidt  
Das nächste Mitteilungsblatt erscheint im kommenden Monat. Redaktionsschluss für die nächste Nr. ist **Mo. 01.05., 12:00 Uhr**. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerhaltende Kürzungen vor.